

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 8 Heller Post)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Abteilung u. Verwaltungen: Drag 11, Křižanova 15 • Leipzig: 26705, 31409, Postfach, (ab 21 Uhr): 33555 • Postfachamt: 37344

12 Jahrgang.

Freitag, 16. Dezember 1932

Nr. 296.

Die Zahlung der Tschechoslowakei an die USA.

Prag, 15. Dezember. Die Regierung hat nach Anhörung des Berichtes des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten in ihrer Sitzung vom 14. Dezember mit Zustimmung zur Kenntnis genommen, daß das Finanzministerium 1.500.000 Dollar zur Auszahlung an die Vereinigten Staaten von Amerika anweisen wird, welche die Tschechoslowakei gemäß dem gültigen Abkommen am 15. Dezember als Zinsen auf ihre amerikanische Schuld zu zahlen verpflichtet ist. Im Einklang mit der Regierung von USA wird der Betrag anstatt in bar in amerikanischen Staatspapieren erlegt werden, wodurch 2 Mill. Kronen an Kursdifferenzen erspart werden.

Zu der Nachricht über die geleistete Rote auf die Schuld an die Vereinigten Staaten von Amerika erhielten die Prager Blätter seitens der beteiligten Parteien des tschechoslowakischen Außenministeriums einige Aufklärungen.

Während es sich bei der Rote an die Vereinigten Staaten um eine durch ein früheres Abkommen übernommene Verpflichtung handelte, an die im voraus im Staatsbudget gebucht war, wurde die Angelegenheit vor der Auszahlung des Betrages von den maßgebenden Faktoren lange und eingehend beraten. Von Anfang an war es klar, daß die Situation der Tschechoslowakei ganz anders ist, als z. B. die Frankreichs und Belgiens, und zwar nicht nur mit Rücksicht auf die Höhe der geschuldeten Rote (Frankreich sollte etwa 600 Millionen K) zahlen, sondern vor allem deshalb, weil sich die Tschechoslowakei nicht auf das Hoover-Moratorium berufen kann, durch welches Frankreich und Belgien eine gewaltige Einbuße an Einnahmen erlitten.

Ins Gewicht fiel allerdings und gründlich durchbesprochen wurde der Umstand, ob durch die Ablehnung der Bezahlung der Rote die Stellung der Tschechoslowakei und das Vertrauen, das sie in den Vereinigten Staaten und in der Welt genießt, nicht leiden würde. Es war die Frage, ob die Nichtbezahlung der Republik später nicht teurer käme als die Bezahlung in der vorgeschriebenen Frist. Hier ist auf die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten zu verweisen, die schon jetzt in bezeichnender Weise zum Ausdruck kommt.

Der bekannte Vertreter der Tschechoslowakei in Washington unterließ es nicht, den Repräsentanten der Regierung der Vereinigten Staaten zu verdeutlichen, daß die tschechoslowakische Rote nur mit äußerster Anstrengung als Beweis des guten Willens geleistet werden konnte und daß sie geleistet wurde in dem Vertrauen, daß die tschechoslowakischen Pflichten gegenüber den Vereinigten Staaten einer Neuverteilung unterworfen werden, in welche die Rote zum 15. Dezember bereits fallen würde.

Die österreichischen Petroleumquellen.

Bohrversuche noch nicht abgeschlossen.

Wien, 15. Dezember. In einer heute im niederösterreichischen Landtag gehaltenen Rede über die Naphtafunde in Niederösterreich erklärte Landeshaupmann Dr. Buresch, daß all das, was bis jetzt geleistet wurde, als Pionierarbeit bezeichnet werden konnte, die jedoch zu der Hoffnung berechtigt, daß die Sachverhältnisse, die schon seit längerer Zeit auf die Existenz von Erdöl- und Erdgasen in Österreich verwiesen, Recht hatten. Neben die Funde seien viele sensationelle Meldungen publiziert worden, doch brauche man deswegen die Bedeutung der bisherigen Funde nicht zu unterschätzen. Ein definitives Resultat werde allerdings erst nach Beendigung der Ergebnisse der weiteren Bohrversuche zu erwarten sein. Dr. Buresch fügte hinzu, daß bei den bisherigen Bohrversuchen zahlreiche österreichische Ingenieure und andere österreichische Arbeitnehmer beschäftigt wurden, und konstatierte schließlich mit Anerkennung, daß ausländische Kreise das Risiko dieser mit großem Aufwand verbundenen Arbeiter auf sich nahmen.

Herriot lehnt ab.

Chautemps soll Kabinettsbildung übernehmen.

Paris, 15. Dezember. Nach den ganzen Tag andauernden Beratungen berief der Präsident der Republik Lebrun um 16 Uhr 30 den zurückgetretenen Ministerpräsidenten Herriot zu sich und bot ihm die Regierungsbildung an. Der Präsident der Republik hat damit über Anraten zahlreicher politischer Führer die Tatsache bestätigt, daß die Stellungnahme der Kammer am Mittwoch kein Mißtrauen für Herriot und seine Politik darstellte. Die Unterredung Lebruns mit Herriot dauerte etwa eine Stunde.

Herriot erklärte nach dieser Unterredung Journalisten gegenüber, er sei durch diese Kundgebung des Vertrauens seitens des Präsidenten der Republik tief gerührt gewesen, doch habe er mit Dank abgelehnt, wobei er auf seinen in der Kammer vertretenen Standpunkt verwiesen habe, dem er treu bleiben wolle.

Nach der Ablehnung durch Herriot berouste der Präsident der Republik den tabulaten Führer Chautemps, Innenminister im zurückgetretenen Kabinett Herriot, mit der Aufgabe der Kabinettsbildung. Chautemps erklärte Pressevertretern, er habe dem Präsidenten angedeutet, daß es ihm schwer fiel, ein Kabinett ohne Herriots Mitarbeit zu bilden. Nichtsdestoweniger habe er auf das weitere Drängen des Präsidenten ein-

gewilligt, sich mit den verschiedenen Persönlichkeiten zu beraten und mit ihnen die politische Situation zu studieren. Im Laufe des morgigen Tages werde er dem Präsidenten der Republik seine definitive Antwort erteilen.

Kamill Chautemps begann bereits am Abende die Beratungen mit den politischen Persönlichkeiten, darunter auch mit Herriot. Herriot erklärte im Elysée Palais den Journalisten, daß er in sein künftiges Kabinett eintreten werde.

Chautemps war bekanntlich zu Beginn des Jahres 1930 schon einmal zwischen dem ersten und dem zweiten Kabinett Lardies Ministerpräsident, er wurde aber im Parlamente an dem gleichen Tage geschlagen, an dem er sich dem Parlamente vorstellte.

Der Standpunkt der Sozialisten

Der sozialistische Klub bestätigte in der heutigen Sitzung den Standpunkt, den Leon Blum gestern dem Präsidenten der Republik gegenüber zum Ausdruck brachte, daß nämlich die Sozialisten bereit sind, das Kabinett zu unterstützen, wenn es eine Innen- und Außenpolitik führen wird, die ihren Richtlinien entspricht.

Srds Staaten haben gezahlt, läßt nicht.

Washington, 15. Dezember. (CPA.) Im ganzen sind heute sechs Staaten ihren Verpflichtungen aus den Kriegsschulden nachgekommen, nämlich Großbritannien, Italien, die Tschechoslowakei, Finnland, Lettland und Litauen. Die von ihnen gezahlten Raten belaufen sich auf insgesamt 125 Millionen Dollar.

Fünf Staaten, und zwar Frankreich, Belgien, Polen, Estland und Ungarn haben die heute fälligen Raten im ungefähren Gesamtbetrag von 25 Millionen Dollar nicht erlegt.

Trotz der lauten Erbitterung, welche die Nichtbezahlung der Rote durch Frankreich hervorgerufen hat, scheint es, daß sowohl die Politiker, als auch die amerikanische Öffentlichkeit zu begreifen beginnen, daß die Warnungen in Angelegenheit der Nichtbezahlung, welche in der letzten Zeit aus Europa laut wurden, kein bloßer Bluff waren, und daß die Vereinigten Staaten gut daran tun werden, wenn sie rechtzeitig zwischen Angelegenheiten und der Möglichkeit, daß sie eventuell nichts erhalten werden, die Wahl treffen.

Polen wartet noch.

Warschau, 15. Dezember. In einem offiziellen Kommuniqué wird mitgeteilt, daß die polnische Regierung bis zum 15. Dezember von den Vereinigten Staaten keine Antwort auf die zweite polnische Note vom 9. Dezember erhielt, in welcher sie um den Aufschub der am 15. Dezember fälligen Rote ersucht. Vor Eintreffen dieser Antwort ist eine Entscheidung der polnischen Regierung nicht zu erwarten.

Aufregung um die Schuldzahlungen.

London, 15. Dezember. Die Entscheidung des französischen Parlaments hat in Amerika ziemliches Aufsehen erregt und große Verstimmlung erweckt. Diese Verstimmung äußert sich u. a. auch in dem Antrag eines Mitgliedes des Repräsentantenhauses, in dem verlangt wird, daß den Wertpapieren aller Staaten, die die Rote auf die Kriegsschulden nicht leisteten, die Einfuhr in die USA verboten werde. Handelsrepräsentanten gegen Frankreich werden in Amerika nicht erwogen.

Die Volkspartei, die Hoover über die Schuldzahlung an den Kongreß richten wird, dürfte von der französischen Stellungnahme stark beeinträchtigt werden; man nimmt übrigens an, daß die einzelnen Staaten gesonderte Aufforderungen an die USA um Revision der Kriegsschulden richten werden.

Zu der gestrigen Unterhausdebatte hat der englische Schatzkanzler übrigens erklärt, daß mit Frankreich ein gemeinsames Vorgehen in der Kriegsschuldenfrage nicht vereinbart worden sei, so daß also beide Staaten für die Wahl ihrer Methoden vollständig freie Hand haben.

England hat in Gold gezahlt

Washington, 15. Dezember. Schatzsekretär Wills teilte mit, daß ihm amtlich seitens der Bank von England bekanntgegeben worden sei, die Bank halte zur Disposition der Federal Reservebank Gold im Werte von 95,5 Millionen Dollar als Ratenzahlung auf Rechnung der britischen Kriegsschulden.

Müller regiert mit Reichskommissaren.

Die „Verständigung mit Strasser“ macht Fortschritte.

München, 15. Dezember. Der Nationalsozialistischen Korrespondenz entnimmt das Contibüro folgende Anordnung Adolf Hitlers über den Renaufbau der politischen Organisation der NSDAP: Die Abteilung für Volksbildung, die bisher in der Hauptabteilung 3 der politischen Organisation, wird von dieser gelöst und von jetzt ab der Reichspropagandaabteilung unterstellt. Die innerpolitische Abteilung, bisher in der Hauptabteilung 3 der politischen Organisation, wird aus dieser gelöst und der Rechtsabteilung der Reichsleitung zugewiesen. Der agrarpolitische Apparat der NSDAP sowie die ihm angeschlossenen Abteilungen der Reichsleitung der NSDAP werden aus der Reichsorganisationsleitung herausgenom-

men und Adolf Hitler unmittelbar unterstellt. Mit der Leitung beauftragt dieser R. Walter Darre.

Die Reichsinpektionen 1 und 2 werden in ihrer derzeitigen Form mit dem heutigen Tage aufgelöst. Statt ihrer werden die Landesinspektionen und Gauleiter mit den Posten von Kommissaren größerer Gebiete betraut. Kommissar Gauleiter Jakob Sprenger übernimmt an Stelle des „wegen Krankheit“ zurückgetretenen Gauleiters Lenz den Gau Hessen in vorübergehender kommissarischer Verwaltung, Walter Darre und Dr. R. Ley werden zu Amtsleitern der NSDAP ernannt.

Gregor Strasser in Rom

Jansbrud, 15. Dezember. Einer Mitteilung aus Bozen zufolge ist Gregor Strasser mit seiner Familie dort eingetroffen. Strasser selbst begab sich gleich nach Rom und trifft am Samstag wieder in Bozen ein, wo er bis nach Weihnachten bleiben wird.

Herriots Sturz.

Es wäre gewiß für Herriot einfacher gewesen, die Führung in dem Widerstand der öffentlichen Meinung Frankreichs gegen die amerikanische Härterzigkeit zu übernehmen und die Verweigerung der Schuldzahlung selbst zu befehlen und zu verantworten. Er hat den umgekehrten Standpunkt vertreten und ist dabei, wie schon seit Tagen erwartet, gestürzt worden. Er hat dadurch an persönlichem Prestige nur gewonnen, denn auch die Opposition hat ihm in stürmischen Ovationen, die durchaus aufrichtig gemeint waren, ihre Hochachtung für das Opfer gezollt, das er im Interesse der Unterchrift Frankreichs gebracht hat. Allerdings ist ihm dieses Opfer vielleicht durch das Bewußtsein erleichtert worden, daß seine Regierungsmehrheit sowieso aus Anlaß der bevorstehenden Beratung über die Defizitvorschläge für den Etat auseinandergefallen wäre. Selten ist ein Ministerpräsident so „in Schönheit gestorben“ wie Herriot.

Die Argumente, die für eine Zahlungungsverweigerung sprachen, waren nicht nur viel populärer, sondern auch jählich viel stärker als die Begründung, die Herriot seiner undankbaren Idee der pünktlichen Bezahlung ohne juristische Vorbehalte gab. Zweierlei Beweggründe führte er für seine Auffassung an: einmal, daß ein Vertrag nicht einseitig abgeändert werden dürfe und Frankreich, das diesen Standpunkt Deutschland und den anderen Staaten gegenüber stets vertreten hätte, sich daher der amerikanischen Weigerung fügen müsse; ferner, daß sich Frankreich gerade in dieser Frage nicht von England trennen dürfe, zumal es selbst Englands Schuldner und auf dessen Entgegenkommen für die Zukunft angewiesen sei.

Aber die Gründe der Opposition, die zwar auch die nationalistiche Rechte umfalte, aber unter geistiger Führung der Sozialisten stand, war für den Durchschnittsfranzosen noch viel einleuchtender: Frankreich hat erst unter dem Druck Amerikas nicht nur die verschiedenen Verträge mit Deutschland abgeschlossen, durch die es seine Reparationsansprüche immer stärker ermäßigte, sondern auch dem Hoover-Moratorium zugestimmt, durch das die deutschen Zahlungen zunächst vorübergehend und in Wirklichkeit endgültig eingestellt worden sind. Es war zu der Annahme berechtigt, daß Amerika diesen Druck nur unter der Voraussetzung ausübe, daß das Ende der deutschen Reparationen zugleich das Ende der interalliierten Schulden bedeuten würde. Der Gedanke war für die französische öffentliche Meinung geradezu unvorstellbar, daß schließlich eines Tages Deutschland nichts mehr an Frankreich, wohl aber Frankreich weiter an Amerika Kriegsschulden würde bezahlen müssen. So ist es aber infolge der starren Haltung der Vereinigten Staaten doch gekommen, die trotz Dawes-Plan, trotz Young-Plan, trotz Hoover-Moratorium und trotz Lausanne-Abkommen noch immer an der formal-juristischen Auffassung festhalten, daß zwischen interalliierten Schulden und deutschen Reparationen keinerlei Zusammenhang bestehe. Diese Auffassung ließe sich angesichts verschiedener Bestimmungen im Dawes- und im Youngplan sogar rechtlich anfechten, moralisch und politisch ist sie nicht zu vertreten, und darum geben wir Frankreich, geben wir vor allem den französischen Sozialisten in ihrer Aufsehung gegen die Vereinigten Staaten vollkommen recht.

Allerdings stellt eine Zahlungsverweigerung durch die europäischen Schuldnerstaaten, auch für Amerika eine beträchtliche Belastung dar. Der größte Teil der 26 Milliarden Mark europäischer Schulden, die noch nicht getilgt sind, befindet sich in den Händen der kleinen amerikanischen Anleihebesitzer und Sparet, die mit ihre Zinsansprüche an den Staat halten, und dies in einem Augenblick, wo der

Hungerstreik nach dem Genfer Blutbad.

Zürich, 15. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Aus Protest gegen die Verschärfung des Gefängnis-Regimes sind mehrere sozialdemokratische und kommunistische Gefangene im Gefängnis St. Antoine in Genf in den Hungerstreik getreten. Die Gefangenen sitzen wegen der Genfer Ereignisse in Haft. Unter ihnen befindet sich der bekannte kommunistische Agitator Hundert-Droz.

amerikanische Haushalt ein Defizit von rund 12 Milliarden Mark aufweist, das durch beträchtliche neue Steuern ausgeglichen werden muß. Allerdings sind auch die deutschen Reparationen an Frankreich als Wiederaufbauanleihen unter den Millionen von französischen Sparen untergebracht worden, die gleichfalls Ansprüche an ihren Staat stellen. Die Lage ist also kaum weniger schwierig für Frankreich als für Amerika.

Am schwierigsten ist sie allerdings für England, das Amerika nicht nur doppelt so viel schuldet als Frankreich, sondern auch selbst von Frankreich und anderen europäischen Mächtern beträchtliche Summen zu erhalten hat. Außerdem ist Englands Finanzlage seit anderthalb Jahren sehr kritisch und seine Währung in dauernder Gefahr, während Frankreichs Währung durch eine beträchtliche Ansammlung von Gold seit sechs Jahren vor jeder Erschütterung gesichert ist. Wenn England trotzdem, nachdem alle Versuche, Amerika zu einem Entgegenkommen zu bewegen, gescheitert sind, zähneknirschend den Beschluß gefaßt hat, seine ungeheure Rate von 420 Millionen Mark am 15. Dezember zu bezahlen, so entspringt dieser heroische Beschluß einer Zwangslage. England befürchtet, daß, wenn es das Signal zur einseitigen Abänderung eines Schuldenvertrages geben würde, dieses Beispiel von seinen eigenen Schuldnern, insbesondere von Australien und Irland, befolgt werden könnte, was unabwehrbare Folgen für die britischen Finanzen nach sich ziehen würde.

England hofft nun auf bevorzugte Behandlung durch Amerika, und es dürfte in der Tat von der Empörung profitieren, die in Washington über die französische Vertragsverletzung ausgebrochen ist. Die Amerikaner, die sich seit 15 Jahren als Schiedsrichter und Geldgeber der Welt aufspielen und die daran gewöhnt waren, sich stets und überall durchzusetzen, können es zunächst gar nicht fassen, daß es eine Macht überhaupt wagt, ihnen die Stirn zu bieten. Es werden dort wilde Verwünschungen und Drohungen gegen Frankreich ausgestoßen. Man spricht von diplomatischen und sogar von Handelsboykott. Aber wir glauben, daß sich die erste Aufregung bald legen und nüchternere Betrachtung der Verhältnisse Platz machen wird. In Wirklichkeit war die französische Aufsehung notwendig, um den seit Jahren schwebelnden Schuldenkonflikt zum Austrag zu bringen, und um eine vernünftige Neuregelung zu beschleunigen, die seit dem Hoover-Moratorium und seit dem Kaufman-Abkommen logisch und unvermeidlich geworden ist.

„Der Tag“ an der Seite der Steuerdefraudanten!

Das ist Nationalsozialismus.

„Der Tag“ hat sich just in den letzten Wochen an der Sozialdemokratie um der Kürzung der Staatsbeamtengehälter willen gerieben. Er gab allen Kundgebungen Raum, deren Initiatoren wissen wollten, wie das Milliardendefizit ohne diese Kürzung beseitigt werden könnte und sagte der Sozialdemokratie Beamtenfeindlichkeit nach, ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, ihre Beweggründe sachlich zu würdigen. Insbesondere wurde immer wieder auf die Steuerrückstände hingewiesen, die, nebenbei gesagt, unter dem Bürgerloß aufgelaufen sind. Die Eintreibung dieser Steuerrückstände sei möglich und bringe dem Staat die erforderlichen Mittel — so argumentierte die sozialistenfeindliche Presse und „Der Tag“ mit ihr.

Nun ist also soweit, daß die Steuerhinterzieher härter angefaßt werden sollen, daß der Betrag, der fortgesetzt durch Steuerhinterziehungen an dem Staat begangen wird, durch gesetzliche Maßnahmen erschwert werden soll. — Was geschieht jedoch?

„Der Tag“ stellt sich an die Seite der Steuerhinterzieher. Er schenkt sich nicht, die Argumente zu übernehmen, die das reichlich jüdische und ausschließlich kapitalistische „Prager Tagblatt“ gegen das neue Gesetz ins Treffen führt.

Die Moral sei heute so tief gesunken, schreibt „Der Tag“, daß auch der anständigste Steuerzahler vor Verdächtigungen nicht mehr sicher sei.

Nun, der anständige Steuerzahler wird sich der Verdächtigungen wohl zu erwehren und die schärfere Kontrolle zu ertragen wissen. Wer nichts zu verbergen hat, der kann bei einer schärferen Kontrolle nur an Ansehen gewinnen und

der „gesunkenen Moral“ seiner etwaigen Angeber keine bessere, seine Steuermoral entgegensetzen. Und wenn „Der Tag“ meint, daß das Endergebnis einer schärferen Kontrolle eine „allgemeine Konfusionsüberschwemmung“ sein werde, so ist das zwar ein sehr unklares Deutsch, aber der klare Beweis dafür, daß auch die „Tag“-Redaktion sehr wohl weiß, wieviel „gute Geschäfte“ mit den dem Staate vorenthaltenen Mitteln florieren.

Woher weiß „Der Tag“, daß sich das neue Gesetz „weniger gegen die wirklichen Steuerdefraudanten“ richten werde? Es geht, wie wir ihm verraten wollen, nur um sie, gerade um die frechsten und „fettesten“ unter ihnen, die, etwa 4000 an der Zahl, die Steuerhinterziehung nach geradezu wissenschaftlichen Methoden betreiben.

So ist es z. B. vorgekommen, daß in der Kasse einer großen Firma ein wichtiges Buch vor den Augen der Kontrollkommission von einem Beamten an sich genommen und in einen anderen Raum geschafft wurde, der, da nach dem jetzigen Gesetz nur in Betriebsräumen kontrolliert werden kann, nicht durchsucht werden durfte. Auch eine Leibesvisitation war unmöglich, so daß man die Erfolglosigkeit der Steuerkommission mit sehr begründetem Wohlwollen quittieren konnte.

Gegen solche Steuerbetrüger also richtet sich das neue Gesetz, das übrigens nur bis Ende 1933 befristet werden dürfte.

Es ist immerhin bemerkenswert, daß sich „Der Tag“, der doch vorgibt, es mit den Arbeitern zu halten, ein so großes Verständnis für die Leute aufbringt, die zum nicht geringen Teil an der jetzigen Krise der Staatsfinanzen und dadurch an der Herabsetzung der Beamtengehälter mitschuldig sind.

Gesetzesprolongation en gros.

Aus der gestrigen Senatssitzung.

Prag, 15. Dezember. Der Senat hat heute nicht weniger als fünf Gesetze, deren Gültigkeit mit Ende dieses Jahres abläuft auf ein bis drei Jahre verlängert.

Zunächst wurde das Gesetz über die gemeinsame staatliche Benützung von Betrieben in der Slowakei und Karpatenrußland bis Ende 1935 verlängert.

Daß die Vorlage für die arme Bevölkerung dieser Gegenden von großer Bedeutung ist, geht schon daraus hervor, daß die in Frage kommenden Betriebe ein Ausmaß von 267.000 Joch erreichen; die Zahl der Betriebsberechtigten beträgt etwa 46.000. Die Referenten wie auch der Debattierender Klementisch, ein tschechischer Genosse, erklärten eine definitive Lösung dieser Frage als dringend notwendig.

Auf ein Jahr, d. i. bis Ende 1933, wurden die Frist zur Bezeichnung der gemeinsamen Elektrizitätsgesellschaften und das provisorische Automobilgesetz vom Vorjahre verlängert. Letzteres erlischt automatisch, falls das definitive Automobilgesetz schon vorher in Kraft treten sollte.

Die erstere Vorlage wurde überhaupt ohne jede Debatte genehmigt, da die damit zusammenhängenden, seinerzeit so heftig unstrittenen Fragen im Vorjahre schließlich nach einem gütlichen Übereinkommen zwischen den in Betracht kommenden Betrieben und dem Staat bereits geregelt worden sind; die Fristverlängerung hat auf die im Besitz von

Selbstverwaltungskörperschaften befindlichen Werke überhaupt keinen Bezug, ebenso nicht auf die Werke, die mit dem Staat bereits freiwillig einen Vertrag über die spätere Übernahme geschlossen haben.

Bis Ende 1935 wurde dann das Gesetz über die Abgaben von Amtshandlungen genehmigt. Hierzu erklärte der Referent, daß die Regierung an einem neuen Gebührengesetz arbeite, das aber noch nicht verhandlungsbereit sei. Es bleibe also nur die Verlängerung des Gesetzes übrig, da die Staatskasse den Ertrag von 40 Millionen, den das Gesetz alljährlich abwirft, nicht vermissen könne.

Schließlich wurde auch noch die Verlängerung des Gesetzes über die Gebühren-erleichterungen bei Funktionen bis Ende 1935 angenommen, nicht ohne daß Mikulisek die Gelegenheit wahrgenommen hätte, gegen die Regierungsparteien loszugehen, weil sie „die Reichen begünstigen“. Daß durch solche Funktionen oft lebensunfähige Betriebe erhalten und so auch ihre Arbeiter- und Angestelltenchaft vor der sonst unvermeidlichen Kündigung bewahrt bleibt, darauf ging Herr Mikulisek allerdings nicht ein.

Die nächste Sitzung wurde für Montag, den 19. um 4 Uhr nachmittags anberaumt. Auf der Tagesordnung stehen drei Markenschutzvorlagen und ein Handelsabkommen.

Spartkommission verhandlungsbereif.

Prag, 15. Dezember. Der verfassungsmäßige Ausschuss befand sich heute in Anwesenheit des Innenministers mit der Vorlage über die

parlamentarische Spar- und Kontrollkommission. Die Vorlage wurde schließlich am Nachmittag mit einigen kleineren Änderungen genehmigt. Eine dieser Änderungen betrifft den Paragraphen 6; demnach wird schon die einfache Mehrheit der Mitglieder der Kommission (und nicht erst eine Zweidrittelmehrheit) befugt sein, eine Untersuchung nach § 28, allerdings nur über Antrag des Ausschusses, zu beschließen. Beschließt die Kommission einen Bericht an die Kammer, so soll dieser zuerst dem Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses zugewiesen werden.

Der Außenhandel im November.

Gesamtumsatz des Außenhandels in den ersten elf Monaten 1932 kaum 40 Prozent vom Umsatz 1929.

Das Statistische Staatsamt veröffentlichte heute die Daten des Außenhandels im November 1932. Darnach betrug in dieser Zeit die Einfuhr 622 Millionen gegen 1041 Millionen im November des Vorjahres. Die Ausfuhr 637 Millionen gegen 1112 Millionen im Vorjahr. Die Einfuhr beträgt also 60 Prozent, die Ausfuhr 57 Prozent der Ein- und Ausfuhr im November des vorigen Jahres.

In den ersten elf Monaten betrug die Einfuhr in die Tschechoslowakei 7370 Millionen (gegen 15.590 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahres), die Ausfuhr 6717 (11.983 Millionen). Die Einfuhr betrug also 70 Prozent, die Ausfuhr nur 56 Prozent der Ein-, bzw. Ausfuhr in der gleichen Zeitperiode 1931.

Wie sehr unser Außenhandel gelitten hat, geht daraus hervor, daß der Gesamtumsatz des Außenhandels (Ein- und Ausfuhr) in den ersten elf Monaten 1932 insgesamt 14 Milliarden betrug. In derselben Zeit 1931: 22,5 Milliarden, 1930: 30,5 Milliarden und 1929: 36,4 Milliarden. Der Gesamtumsatz unseres Außenhandels hat also in den ersten elf Monaten 1932 nur 39,3 Prozent des Umsatzes der ersten elf Monate des letzten Konjunkturjahres, das ist 1929, betragen!

Schwierigkeiten mit dem Autotransportgesetz. Der Budgetausschuß des Senates hat gestern Nachmittag das Gesetz über den Autotransport erledigen sollen. Da jedoch einige Differenzen politischer und technischer Art noch nicht ausgeräumt sind, fand eine gemeinsame Sitzung der Koalitionsmitglieder des Budget- und des technischen Ausschusses statt, welche jedoch zu keinem Ergebnis gelangte und sich auf heute vormittags vertagte. Infolgedessen wurde die Sitzung des Budgetausschusses abgesetzt und auf heute vertagt. — Die angeordneten Differenzen betreffen unter anderem auch die sprachrechtlichen Bestimmungen des § 12, gegen die die deutschen Regierungsparteien eine ablehnende Haltung einnehmen, namentlich was die Vorschriften betrifft, daß das Personal, das in Berührung mit dem Publikum kommt, für diesen dienstlichen Verkehr „angemessen“ der Staatsprache kundig sein, bezw. diese Kenntnis nachträglich binnen einer von der Regierung festgesetzten Frist nachweisen muß. Aber auch gegen eine Reihe technischer Vorschriften wurden von verschiedenen Seiten Einwendungen erhoben.

Die neue Novelle zur Umsatzsteuer, eine der Bedingungsvorlagen zur Ausgleichung des Staatsvoranschlags, wurde gestern im Senat aufgelegt und den Ausschüssen mit vierwöchiger Frist zugewiesen. Es handelt sich um die Aufhebung der bei der letzten Erhöhung der Umsatzsteuer den kleinen Unternehmern mit einem Jahresumsatz bis zu 150.000 K zugestandenen Befreiung von den damals beschlossenen Zuschlägen.

21

Franz Meiers

Der k. u. k. Sanitätsdickus

Ursprünglich wollten die Autoren jede zehnte Seite herausstreichen, doch hätte es das Werk sehr verschandelt, auch fand Emil, bevor sich der Alte durch zehn Seiten durchgelesen hätte, wäre sein bißchen Verstand längst beim Teufel. Das war ein Irrtum. Erzellens war von der tiefen Religiosität und glühenden Vaterlandsliebe des Buches derart begeistert, daß er dem Kriegsministerium den Vorschlag unterbreitete, Herrleben als Instruktor für die k. u. l. Feldrabbiner zu bestellen. Dem Vorschlag wurde stattgegeben und die Errichtung einer Fachschule zur Heranbildung dieser wichtigen Kriegsfunktionäre bewilligt. Trotz des schwindeligen hohen Schulgeldes war der Andrang der Jünger ein enormer. Der Grund hierfür lag wohl teilweise in dem starken Zuzug nach Gott, welcher die Kinder Israels in Zeiten der Kriegsnöte und schlechter Konjunktur zu erfassen pflegt, um anderen Teile auch in dem Umfange, daß die approbierten k. u. l. Gottesjünger gleich Hauptmannsrang erhielten. Kein Wunder, daß Emil ausrief: „Oh, wäre ich doch als Jude geboren!“ Der Meister war gekränkt: „Herrleben bin ich denn ein rüchrichtiger Mensch, der da fragt was Glaubens einer ist, die Hauptsache ist, daß man ist ein anständiger Mensch und ehrlich und Herrleben, das bist du, geh zu die Erzellens und sag ihm, ich will dir geben einen Freiplatz, damit er hat, bis er wieder ins Feld zieht, e verlässlichen Feldrabbiner, der es versteht ihm herunterzubeten vom Himmel den Sieg über die Feinde, damit ihn nicht erzwingen soll, Gott behüten, die Konkurrenz, ein anderer General, denn dann ist es noch schlimmer, als wenn siegen würde der Feind.“

Nach einigen Wochen war Erzellens glänzend rehabilitiert und erhielt ein Armeekommando, aber auch Herrleben war ein großer Mann geworden, denn über die Aufnahme der Jünger und Jünger in seine Schule entscheidend, entschied er vielfach über Tod und Leben; er ging mit einer derartigen Objektivität vor, daß selbst konfessionelle Zugehörigkeit nur eine sehr untergeordnete Rolle spielte, das heißt, er gewährte auch Vollblutariern Schutz und Aufnahme, wenn sie sich als Profeten erklärten, was in der Regel auf keine Schwierigkeiten stieß. Nur gewisse, übertrieben orthodoxe Schriftgelehrte wollten damit nicht einverstanden sein. Ihnen gegenüber recht fertigte Herrleben seinen Standpunkt mit dem Gebote der Bibel, man dürfe auch einen Heiden nicht verdursten lassen. Daß er diese Profeten längere Zeit für ihren Verus vorbereiten mußte, war wohl selbstverständlich und wurde von ihnen gerne eingesehen und mit Geduld ertragen. Auch Erzellens mußte sich gedulden und durfte Emil nicht mitnehmen, denn der Meister hatte erklärt: „Er macht zwar gute Fortschritte und kann schon den kleinen Fluch, aber der kleine Fluch ist wirklich höchstens gegen Montenegro, um zu vernichten einen Feind der da ist groß und mächtig, muß er erst lernen den großen Fluch.“ Erzellens drängte: „Ich will ihn mitnehmen, so lange er bei mir war, hatte ich stets Glück.“

„Wort soll bewahren einen jeden vor so einer Rede, das ist Aberglauben und der Herr würde vernichten die Armee in die italienischen Berge, wie er vernichtet hat den Pharos im Roten Meer.“ Man einigte sich schließlich, den Jünger bis zur Beendigung des Kurzes im Studium zu belassen nur für den Fall, daß böse Nachrichten über die Armee durchströmen sollten, würde Emil sofort nachkommen; die weitere Ausbildung sollte hauptsächlich in der Richtung des großen Fluches erfolgen, unter Vernachlässigung überlebten Vorfalles.

Der Kurs war abgelaufen und Emil wäre

gerne zu seinem alten Wohlstand gerückt, allein sein Meister hatte anders entschieden, denn, da schlechte Nachrichten fehlten, sah er die Notwendigkeit Emil abzuschicken, nicht ein. Auch hatten sich massenhaft neue Adepten gemeldet, welche die Wirksamkeit in kleinen Gemeinden gegen eine mehr Ansehen und Geld versprechende bei der k. u. l. Armee vertauschen wollten; es ist ja bekannt, daß derartige Gottesdiener fröhlich ihr frommes Wirken erst im Jenseits ihre Belohnung erhalten und sich hinziehen nur mit kleinen, zum Teil überdies nicht pünktlich einlaufenden K-Konto-Zahlungen begnügen müssen. Um einem derartigen Gottesmanne den Besuch seines Kurzes zu ermöglichen, gab Herrleben Emil als Vertreter in die abgelegene Gemeinde Targowica.

Der Targowicer Jünger war ein winziges, engbrüstiges Männchen, mit einer zarten Stimme, die er aber nur über Betragen anstrengt; sonst war er stumm, verloren, vertraut, unendlich traurig; in die eigene Tiefe oder in die fernste Ferne nach seinem geistigen Gotte stierend, schien er durch profundes Wissen und große Sittenstrenge erhaben zu wachen, was ihm an körperlicher Kraft und Tugenden gebrach. Emil tat er sehr leid und er betrieb jetzt das Studium sehr fleißig, um den Gottesmann würdig ersehen zu können. Er hatte sich einen zügelartigen Bart und Ohrschäden wachsen lassen, trug einen langen Kaffian und auf dem Kopfe einen Fuchschwanz. Wenn ihm noch etwas einige Schwierigkeiten bereitete, war es höchstens das Beten, das heißt nur das laute; in stummem Gebet andächtig verunsunken, konnte er es mit jedem Wunderrabbi aufnehmen, denn das verhasste Schlagen gegen die Brust und das Wackeln mit dem Körper nach den vier Himmelsrichtungen in religiöser Verzückung beherrschte er meisterhaft. Seine Spezialität aber waren väterländische Predigten, die er an hohen Feiertagen in einen der beiden Flüsse auslaufen lassen wollte. Die Wirksamkeit auf den Verlauf der Ereignisse blieb abzuwarten, von der Wir-

lung auf das Auditorium war er überzeugt. Allzu schwere Sorgen mußte ihm übrigens auch das laute Vorbeten nicht verursachen, denn er war zu der Erkenntnis gekommen, daß es der Ton ist, welcher die Musik macht und für Melodien hatte er ein scharfes Ohr und ein ausgezeichnetes Gedächtnis; er hatte seinem Lehrer ein rhytmisches Bestammel frei aneinander gekuppelter Umlaute vorgeführt und Herrleben hatte sich geäußert, wenn noch etwas Heiserkeit hinzukäme, könnte sich die Geschichte zur Not in Targowica bis zu den hohen Feiertagen halten. So trat Emil Weltlich die zweite Reise an. Im letzten Moment hatte ihm in der Bahnhofshalle der Targowicer einen Brief zugesteckt und den holte Emil im Eisenbahncoupé hart vor Targowica heraus und begann zu lesen:

„Geliebter Bruder in Christo!

Wie Du schon aus der Ueberschrift ersiehst, habe ich den ganzen Schwindel durchschaut und Gott lohne Dir Deine gute Absicht, daß Du mit aus der Not von Targowica heraushelfen möchtest. Du sollst dort den Krieg bis zu seinem glücklichen Ende überdauern. Möge der Kaiser Dich niemals brauchen und jüden, ich aber gedente niemals dorthin zurückzukehren, möge der Herr dafür sorgen, daß meine Kinder ebenfalls mit ihrer Mutter niemals Hunger leiden müssen, denn die Targowicer sind hart und haben mir das Brot schmal geschmitten, sowohl das gesäuerte, als auch das ungesäuerte. Und sie werden sich auch weigern, Dir, geliebter Bruder in Christo, noch Gebühr zu zahlen, und selbst wenn sie sich nicht weigern sollten, würde Dir das nichts nützen, denn sie können Dir nichts zahlen, da ich die Gemeindefassa mitgenommen habe. Ich aber muß es tun, um das hohe Schulgeld erlegen zu können, denn meine Bezüge waren nur sehr klein. Sie werden daher auf Ausreden bedacht sein und Ausflüchte jüden, indem sie Dich mit Deiner Forderung an mich verwerten werden.

(Fortsetzung folgt.)

Staatsangestelltenvorlage im Ausschuss.

Prag, 15. Dezember. Der sozialpolitische Ausschuss begann heute unter Teilnahme des Sektionschefs Blazek vom Finanzministerium und später des Finanzministers selbst die Verhandlungen über die Restriktion der Staatsangestelltengehälter. Das Referat erstattete der tschechische Agrarier Blazek, nachdem der in Aussicht genommene Dr. Suchy mit Rücksicht auf seine Stellung als Beamter es abgelehnt hatte, das Referat zu übernehmen. Die Generaldebatte dauerte mit einer Unterbrechung in den Mittagsstunden, in der die Koalition zu einer Beratung zusammentrat, bis 6 Uhr abends.

Im Laufe der Debatte wurde von kommunistischer Seite u. a. der § 21 angegriffen, da er sich auch auf die Arbeiter in den Staatsbetrieben beziehe und die Möglichkeit biete, gegebenenfalls auch Kollektivverträge zu verschlechtern. Später schloß sich der tschechische Nationalsozialist Zudny dieser Argumentation an und erklärte sogar bedächtig, daß er nicht in der Lage sei, dem § 21 in seiner jetzigen Fassung zuzustimmen. Der tschechische Genosse Brodecky meinte, die Referenten des Finanzministeriums hätten sich mit den Vertretern der Gewerkschaften zusammenzusetzen und den Entwurf gemeinsam ausarbeiten sollen; dann wäre die Vorlage sicher besser ausgefallen. Dem Agrarier Dubický war es wieder nicht recht, daß aus dem § 23 nicht klar hervorgehe, daß auch die Angestellten der Sozialversicherungskassen in die Kürzung einbezogen seien.

Genosse Taub wies später in längerer Rede, die mir noch im Auszug nachzutragen werden, auf die großen Unterschiede zwischen der ersten Vorlage, in der der Finanzminister rundweg eine 15prozentige Kürzung aller Staatsangestellten bezüge verlangte, und der zur Verhandlung stehenden Vorlage hin. Den sozialistischen Parteien ist es demnach gelungen, viel wenigergehende Angriffe, die die Finanzverwaltung geplant hatte, erfolgreich abzuwehren.

Nach dem Abschluß der Generaldebatte trat wieder eine zweistündige Unterbrechung ein, die ebendmalig zu Verhandlungen innerhalb der Koalition ausgenützt wurde. Verhandelt wurde über gewisse Änderungen in dem Teil der Vorlage, der die dauernde Abänderung gewisser Pensionsvorschriften vorsieht. Ein abschließendes Ergebnis konnte jedoch nicht erzielt werden, da diesbezüglich erst noch Fühlung mit dem Vorsitzenden der Regierung genommen werden muß. Es wird daher morgen früh vor dem Ausschussplenum die Koalition erneut zusammentreten.

Am 8 Uhr abends ging der Ausschuss noch Wiederaufnahme der Sitzung in die Spezialdebatte ein; es war beabsichtigt, die Debatte über die ersten beiden Teile der Vorlage (Behaltensfristung und Streichung der Weihnachtzulage) noch am Abend zu beenden.

Ein sozialpolitischer Reaktionsär

Ist der Nationaldemokrat Dr. A. Hajn geworden, der seinerzeit im alten Österreich warme Worte für die Arbeiterschaft gefunden hat. In der „Samostatnost“, seinem Organ, greift er, wie wir dem „Prava Lidu“ entnehmen, den Genossen Dr. Czech an, daß er „angeblich nur eine Sorge hat, daß nämlich seine Schlüssel immer für die Arbeitslosen voll sei. Und die ganze Regierung, jeder Minister läßt sich aus diesem Ressort für ein Lächeln Dr. Czechs alles nehmen. Jetzt trägt sogar der Siebenbürgensklub der Koalition dafür, daß die Schlüssel des Dr. Czech für die Arbeitslosen voll bleiben.“ Mit Recht bemerkt das „Prava Lidu“ dazu, daß es für unleser Genossen Dr. Czech nur eine Ehre sei, sich um die Arbeitslosen zu kümmern und daß es ein Beweis für den sozialen Juvanismus der Nationaldemokraten ist, wenn sie so über die Arbeitslosen schreiben.

Kommunisten beantragen Lohnabbau

Der Verwaltungsrat der Rostitzer Bergbau-Gesellschaft und des „Liebe-Gottes-Schachtes“ haben einen Bericht heraus, in welchem unter anderem angeführt wurde:

„Herabsetzung der Löhne, wodurch der Streik hervorgerufen wurde, geschah auf Grund des Resultates der Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiterschaft am 29. September d. J.“

Damit durch diese Erklärung bei der uninformierten Öffentlichkeit nicht der Gedanke aufsteht, daß es zur Hundemachen Lohnherabsetzung durch Vereinbarung mit den Vertretern der Bergarbeiterorganisationen kam, stellen wir fest:

„Bei den Verhandlungen am 29. September hat kein Vertreter der Bergarbeiterorganisationen zur geforderten Lohnherabsetzung seine Zustimmung gegeben.“

Ein Antrag auf Herabsetzung der Löhne wurde nur von dem kommunistischen Sekretär vorgebracht. Aber sämtliche Vertreter aller anderen Arbeiterorganisationen haben sich gegen diesen Antrag ausgesprochen. Die angelegte Lohnherabsetzung, durch welche der Streik entstanden ist, ist nicht das Resultat von Verhandlungen mit den Vertretern der Bergarbeiter, sondern ein Diktat der Unternehmer.

Arbeiter! Was laßt ihr zu dem Antrag des kommunistischen Sekretärs auf Herabsetzung der Löhne?

Dem Herrn Dehlinger zur Kenntnis!

Mit der Antwort, die Sie in der „Deutschen Presse“ vom 7. Dezember auf meinen offenen Brief veröffentlichten, schassen Sie in zwei Punkten willkommene Klarheit.

1. Sie decken die Darstellungen der „Deutschen Presse“ über den Verlauf der Hohenelber Vorprache;

2. Sie lehnen die Verantwortung für die dichterliche Ausschmückung des Vorganges durch den christlichsozialen „Grenzboten“ ab.

Sie behaupten, Herr Dehlinger, daß die „Deutsche Presse“ den Vorgang bei der Hohenelber Vorprache im Fürsorgeministerium „haar- scharf“ wiedergibt. Unter haar-scharfer Darstellung verstehen Sie, daß man aus einer halbseitigen Aussprache drei Worte zitiert, sie aus dem Zusammenhang reiht und als Agitationschloßer im ganzen Lande folpostiert. Mit einer solchen Auffassung von tatsächlicher Berichterstattung ist eine weitere Auseinandersetzung müßig.

Wichtiger erscheint mir die Feststellung, daß selbst die nationalsozialistischen und kommunistischen Teilnehmer an der Deputation diese Methode nicht mitemgemacht haben.

Im „Tag“ vom 20. Oktober erschien ein durch- aus objektiver Bericht, der kein Wort des Angriffes enthielt. Die kommunistischen Teilnehmer haben in ihrer Presse überhaupt nicht berichtet, obwohl man sich darauf verlassen kann, daß sie nicht schweigen würden, wenn die Deputation brüskiert oder mit unumgänglichen Rückschlüssen abgefertigt worden wäre. Es blieb der „Deutschen Presse“ vorbehalten, in Riesentexten auf der ersten Seite zu verhandeln:

„Hungerlös in den deutschen Handgeboten! Antwort des Staates: Arbeiten oder ansinandern!“ und dann in der Einleitung zu schreiben:

„Den Abordnungen aber, die nach Prag gehen und Hilfe fordern, erklärt man in den Zentral- ämtern: „Arbeitslos oder wandert aus! Wir haben kein Geld für Euch!“

Nicht wahr, Herr Dehlinger, das ist „haar- scharf“ Sozialisterei! Kommunistischer als die Kommunisten, nationalsozialistischer als die deutschen Nationalsozialisten benimmt sich hier Ihre Partei- presse bei der politischen Ausschmückung einer über- parteilichen Hilfsaktion, weil es um ein Amt geht, für das der deutsche Sozialdemokrat Dr. Czech verantwortlich ist.

Ihre Antwort, Herr Dehlinger, hat auch volle Klarheit über den entscheidenden Punkt meiner Anfrage geschaffen. Sie schreiben:

„Was den Artikel des „Deutschnösischen Grenz- boten“ anbelangt, wollen Sie zur Kenntnis nehmen, daß ich nicht Schriftleiter dieses Blattes bin. Sollten Sie Wert auf diese Feststellung legen, daß

der Herr Minister für soziale Fürsorge nicht diese Phrasen räumt, bitte, senden Sie der Schrift- leitung des „Deutschnösischen Grenzboten“ eine diesbezügliche tatsächliche Berichtigung ein.“

Sie überschätzen Sie, Herr Dehlinger, unser Interesse für die christlichsoziale Presse ganz gewaltig. Uns genügt Ihr — freilich sehr gewundenes — Geständnis, daß die Hohenelber Deputation gar nicht beim Fürsorgeminister war und daß die dies- bezügliche Schilderung des „Grenzboten“ völlig aus der Luft gegriffen ist.

Und genügt die öffentliche Anpreisung und die Konstatierung Ihrer moralischen Mitverant- wortung für diese Methoden, welche die christlich- soziale Parteipresse im Kampfe gegen den deut- schen Fürsorgeminister anwendet.

Den Artikel „Die Himalajafolge des Mini- sters“ hat ganz gewiß nicht die Schriftleitung des „Grenzboten“ fabriziert, sondern sein Verfasser dürfte in der christlichsozialen Parteizentrale zu suchen sein.

Für die Arbeiteröffentlichkeit ist daher die unwiderlegliche Feststellung besonders wertvoll, daß die christlichsoziale Parteipresse wider des- selben Willens ihrer eigenen parlamentarier- hundertprozentig erfindene Angriffe gegen den deutschen Fürsorgeminister konstruiert.

Sie versuchen, Herr Dehlinger, mich in Ihrer Antwort auch persönlich zu beleidigen, indem Sie schreiben:

„In meinem Alter habe ich es wahrlich nicht notwendig, ausgerechnet von Ihnen Beleidigungen entgegenzunehmen, da sind Sie mir viel zu jung und zu naiv. Belehren Sie lieber jene, für die Ihr Wissen gerade noch reicht.“

Nehmen Sie zur Kenntnis, Herr Dehlinger, daß diese Argumentation von großer Schwäche Ihres sachlichen Standpunktes zeugt. Jungsein ist übrigens ein Fehler, der mit jedem Tage besser wird, was man von anderen menschlichen Schwächen nicht behaupten kann. Das Wissen der sozialdemokratischen Arbeiter, die mich ge- währt haben, dürfte gerade noch an die politische Bildung jener Schichten heranreichen, die nach Konnerbreuth pilgern.

Wenn Sie aber glauben, mich durch Belei- digungen von vornherein für die angeführte öffentliche Auseinandersetzung disqualifizieren zu können, dann irren Sie, Herr Dehlinger! Wir werden uns zuerst an anderer Stelle darüber unterhalten, ob die paar Jahre, die Sie älter sind, es erlauben, die Austragung auf dieses Gebiet zu verschieben.

Wenzel Jaksch.

Bergler gegen das Außenministerium

Verhandlung vor dem Obersten Verwaltungs- gericht vertagt.

Prag, 15. Dezember. Vor dem Obersten Verwaltungsgericht in Prag fand heute unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Inzel die öffentliche mündliche Verhandlung über die Beschwerde Dr. Karl Berglers, dergleil Wohn- haft in Washington, gegen die Entschlei- dung des Präsidenten der Republik und des Ministeriums für auswärtige Angele- genheiten, mit der Dr. Bergler in den dauernden Ruhestand versetzt und über seine Pensionsbezüge entschieden wurde, statt.

In den Schriften, die bei der Eröffnung der Verhandlung zur Verlesung gelangten, wird ange- führt, daß das Ministerium für auswärtige Ange- legenheiten in Prag am 27. Juni 1932 der tschech- oslowakischen Gesandtschaft in Washington eine Vor- ladung für Dr. Bergler zu der Verhandlung vor dem Obersten Verwaltungsgericht über- sandte und daß die tschechoslowakische Gesand- schaft in Washington mit Schreiben vom 25. Juli mitteilte, daß die Vorladung am 15. Juli zugestellt worden sei. Dieser Mitteilung liegt ein von Dr. Bergler unterzeichneter Pro- tokoll bei. In einem an den Ersten Präsi- denten des Obersten Verwaltungsgerichts vom 21. November 1932 adressierten Schreiben teilt Dr. Bergler jedoch mit, daß er bis zu diesem Tage keine Zustellung erhalten habe; von der Ver- handlung in seiner Angelegenheit vor dem Obersten Verwaltungsgericht wisse er nur aus den Zeitun- gen und er glaube nicht, daß ohne seine Antwort vor dem obersten tschechischen Forum in seiner Ange- legenheit eine Verhandlung stattfinden könne.

Nach der Konstatierung dieses Sachverhaltes begab sich der Senat zur Beratung über eine eventuelle Vertagung der Verhandlung. Die Ver- treter des Ministeriums für auswärtige Ange- legenheiten hatten keine Einwendungen gegen diese Vertagung.

Das Gericht beschloß, die Verhandlung auf unbestimmte Zeit zu vertagen und beide Parteien von dem neuen Verhand- lungstermin besonders in Kenntnis zu setzen. Der Vorsitzende des Senates begründete den Vertagungsbeschluss etwa folgendermaßen:

Von einer öffentlichen Verhandlung vor dem Obersten Verwaltungsgericht soll jede Partei, ins- besondere der Beschwerdeführer, verständigt werden. Das ist Voraussetzung. Daher muß das Gericht von sich aus prüfen, ob erwiehelt ist, daß der Beschwer- deführer eine Zustellung erhalten hat oder nicht. Der Protokoll vom 15. Juli 1932, der von Dr. Bergler unterschrieben ist, bestätigt, daß der Be- schwerdeführer von dem Konsult in Washington die Auskunft, deren Billel angeführt ist, erhalten hat. Die tschechoslowakische Gesandtschaft in Washington

teilt am 25. Juli 1932 mit, daß in dem angeführten Schreiben die Zustellung zu der Verhandlung vor dem Obersten Verwaltungsgericht an Dr. Berg- ler enthalten war. Die Postbestätigung bildet grundsätzlich den Beweis dafür, daß die Partei er- halten hat, was bestätigt ist. Die ständige Jurisdik- tur des Obersten Verwaltungsgerichtes läßt jedoch einen Gegenbeweis zu. Der Beschwerdeführer behauptet in seiner Zufahrt an das Gericht, daß er keine Zustellung zu der Verhandlung erhalten habe. Eine solche Behauptung ist noch kein Gegen- beweis, gibt jedoch zu dem Zweifel Anlaß, ob die Postbestätigung auch beweise, was sie beweisen soll. Das Gericht wird daher in der Zeit der Ver- tagung das erforderliche Verfahren durchführen.

Die mährisch-schlesische Landesvertretung tagt.

Brünn, 15. Dezember. Heute wurde die Wintertagung der mährisch-schlesischen Landes- vertretung eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen eine Reihe laufender Verwaltungsangelegen- heiten, von denen ein Teil in der heutigen Sitzung erledigt wurde. Im Bericht über die wasserwirtschaftlichen Arbeiten des Landes kam zur unsere Fraktion Genosse Dr. Morgenstern zu Worte, der eingehend einige Uebelstände bei der Durchführung und der Ber- ichterstattung über diese Arbeiten von seiten der Bürokratie behandelte. Er richtete an den Reser- venten und an das Landespräsidium eine Reihe von Anträgen, die diese Angelegenheit einer Klärung zuführen sollen. Auch bei der Resolution des Landesauschusses, die vom Staate eine Neu- regelung der Selbstverwaltungsfinanzen verlangt, wies Genosse Dr. Morgenstern auf die in immer höherem Grade fühlbar werdenden Folgen des Gemeindefinanzgesetzes hin, das es den Selbstverwaltungskörpern unmöglich macht, in eine halbwegs geordnete Finanzlage zu kom- men. Auch der Standpunkt des Landesauschusses bei der Beurteilung der Produktivität, bzw. Un- produktivität der Investitionsarbeiten ist auf die Dauer unhaltbar und bedarf einer gründlichen Revision. Genosse Dr. Morgenstern verlangte schließlich, daß genaue Richtlinien für die Zuwendungen an die Gemeinden geschaffen werden sollen. Genosse Schuster, der in der heutigen Debatte ebenfalls zu Worte kam, be- schäftigt sich eingehend mit der in der sozial- hygienischen Kommission behandelten Ange- legenheit betreffend die Neuordnung der Fürsorge für die normalveranlagte, verwaiste, verlassene und gefährdete Jugend. In seiner Rede wies er auf die durch Nichtkenntnis der Materie ent- standene unrichtige Auffassung hin und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß in Zukunft derartige Vorkommnisse im Interesse der Jugendfürsorge unterbleiben werden.

Wohin geht der Weg?

Leplitz, 15. Dezember. Erst vor wenigen Tagen berichteten wir, daß der große Betrieb der Fawald N. G. in Witsch für ungefähr zwei Monate die Erzeugung einstellen und über 800 Arbeiter entlassen hat. Der Rückgang der Be- schäftigung in der Glasindustrie im Leplitzer Be- zirk hält aber weiter an.

Gelttern haben die Fischmannwerke in Kleinogezd in der Tafelglasanlage 300 Arbeiter 14tägig gekündigt. Die Anlage wird mit Ende Dezember stillgelegt. Die Firma begründet dieses Vorgehen, das für die Arbeiter eine sehr schmerzliche Weihnachtübererhöhung bedeutet, damit, daß sie ungefähr eine Million Quadrat- meter Tafelglas auf Lager hat, während sich die Absatzverhältnisse immer mehr verschlechtern.

Innerhalb einer Zeit von 14 Tagen hat im Leplitzer Bezirk die Arbeitslosenziffer mit der Stilllegung dieser beiden Betriebe um über 1000 Personen zugenommen.

Urteil im Sibirng-Prozess

nicht vor Weihnachten.

Jglau, 15. Dezember. Nach einer einwöchi- gen Unterbrechung des Prozesses wurden der 30. Tag der Verhandlung mit einer Erklärung des Gerichtsvorsitzenden, des Gerichtsrates Stjehinger eingeleitet, der bekannt gab, daß am 11. Dezem- ber jeder der Botanten und Vorsitzenden die Publikation „Die Analyse des Erkenntnisses des Obersten Gerichtes vom 25. Juni 1932“ mit welcher in dieser Strafsache entschieden wurde, zugestellt erhielt. Die sogenannte „Analyse“ ist anonym. Nach einem Vermerk wurde es von der Druckerei Tempo auf eigene Rechnung her- gestellt. Da in der eingefandten Analyse die Be- weismittel und die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes analysiert werden, erscheint diese Analyse als gegen das Gesetz verstößend und in diesem Stadium des Prozesses unzulässig. Des- halb übergibt das Gericht alle diese gedruckten Schriftstücke dem Staatsanwalt zur weiteren Be- handlung.

Zu den eingefandten Publikationen stellt das Gericht fest, daß sie der Zensur nicht vor- gelegt worden seien und daß das Strafverfahren eingeleitet werden wird.

Sodann lag der neu geladene Zeuge Ku- bář aus, dessen Kurfentalt bisher unbekannt war. Zeuge war in der Kleinandwirtsgehosent- schaft in der Kassa tätig und erklärte, daß die Tür zur Direktion überhaupt niemals offen war. Er kann sich nicht erinnern, daß jemals in der Genossenschaft über Sibirng oder über Wag- gongeschäfte gesprochen wurde. Zeuge hat Sibi- rny dort ungefähr dreimal gesehen und von den übrigen Einzelheiten wisse er überhaupt nichts.

Der Gerichtshof beschloß nach einer Be- ratung, die Vorladung von fünf neuen Zeugen, die vom Staatsanwalt und von der Verteidigung namhaft gemacht wurden. Sodann werden die Requisitionen der Dr. Patowch und Ju- feld aus Prag verlesen.

Der Vorsitzende appelliert neuerdings an die Journalisten, nicht jedes Detail der Verhandlung niederzuschreiben, denn es könne sich um einen Irrtum handeln und der Ruf der Zeugen werde dann geschädigt.

Aus allen Umständen ist klar ersichtlich, daß das Urteil vor Weihnachten nicht gesprochen wer- den wird.

Zum Schluß der Nachmittagsverhandlung wurden die Konstitute Sibirngs über seine Provisionsen aus den Waggongeschäften ver- lesen, die im ganzen eine Million Mark und 2000 Mark für jeden Waggon betragen. Der Ange- klagte teilt hierzu erklärend mit, daß ihm die Pro- vision in bar ausbezahlt wurde und der übrige Provisionsanteil für die einzelnen Waggons etappenweise überwiesen wurde, wovon ihm circa 500.000 Mark in Abzug gebracht wurden. Die Provision gehörte ihm ganz.

Der Vorsitzende fragt: Es ist doch ersichtlich, daß Sie von dieser Million jemanden etwas geben mußten; wollen Sie nicht endlich sagen wem und wieviel Sie gegeben haben? Sibirng: Ich habe überhaupt niemanden etwas gegeben.

Massenpetition der deutschen Hochschüler

an den Präsidenten der Republik und an den Schulminister.

In schlichter und würdiger Form wandten sich die Prager deutschen Studenten an den Prä- sidenten der Republik und an Schulminister Dr. Dérer um Hilfe und Beistand in der gegenwärtigen Notlage. Die Delegierten M. U. J. Itz (Freie Vereinigung sozialistischer Akade- miker), J. U. C. Hoff Fröhlich, J. U. C. Adol und J. U. C. Kam überreichten in der Kanzlei des Präsidenten und im Schulministerium eine an den Präsidenten Raffarhy und Minister Dr. Dérer gerichtete und von tausenden Pra- ger deutschen Studenten unterschriebene Peti- tion, worin sie die Einflußnahme des Staats- oberhauptes und des Schulministers auf eine gerechte und unterschiedelose Subventionierung der deutschen Studentenfürsorge und der deutschen Hochschülerzentrale für Lebensübungen erbitten. Ministerialrat Dr. Riha, der die Petition für den Präsidenten der Republik entgegennahm, würdigte die Berechtigung und Dringlichkeit der vorgebrachten Wünsche und versprach, dieselben dem Herrn Präsidenten persönlich vorzulegen. Ebenso laute Oberlehrer Plřhář in Vertretung des Schulministers Dr. Dérer das weitest- gehende Verständnis des Ministers und des Schulministeriums für die schwierige Lage und die Hoffentlichkeit überparteiliche staatliche Hilfs- bereitschaft zu.

Tagesneuigkeiten

Das Radio-Journal als Keil des Postministeriums?

Bekanntlich bezahle unsere Rundfunkhörer eine monatliche Gebühr von zehn Kronen, wobei sie den Eindruck haben, daß sie damit das Radio-Journal für die Durchführung seiner Programme bezahlen. Dem ist aber nicht so. Von den jährlich rund 55 Millionen Kronen, welche durch die Rundfunkgebühren einkommen, behält sich das Postministerium 60 Prozent, also etwa 33 Millionen Kronen, während für die Programmgestaltung nur rund 22 Millionen Kronen zur Verfügung gestellt werden. Das Postministerium soll mit den zurückbehaltenen Beträgen neue Stationen bauen und die bestehenden erhalten und ausstatten. Man weiß, wie es diese Aufgabe befragt und die täglichen Störungen des Bibliothek Senders sind da wahrlich kein Ruhmesblatt für unsere Sendetechnik.

Kunheim soll nach den Ratschlägen der famosen „Grelunde der öffentlichen Angestellten“ dem Radio-Journal ein weiterer Beitrag von acht Millionen Kronen zugunsten des Postministeriums abgefordert werden, also mehr als ein Drittel der gegenwärtig zur Verfügung stehenden Summe. Das würde bedeuten, daß von den zehn Kronen Rundfunkgebühr nur K 2.50 ihrem eigentlichen Zweck zugeführt werden, für den der Hörer bezahlt, während volle dreiviertel des Betrages einfach für fiskalische Zwecke Verwendung finden sollen. Die Rundfunkbeiträge sind dem Staat, bzw. dem Postministerium für einen bestimmten Zweck anvertraute Gelder und wir glauben, daß es im privaten Leben nicht sehr schmeichelhaft klingt, wenn man jemandem den Vorwurf macht, daß er ihm anvertraute Summen einfach für andere Zwecke verwendet. Am vorliegenden Falle scheint man aber in dieser unerhörten indirekten Besteuerung der Rundfunkhörer, auf deren Kosten riesige Millionenbeiträge einfach konfisziert werden, nichts Anstößiges zu finden.

Eine Herabsetzung des Budgets des Radio-Journals muß sich naturgemäß in der Qualität der Darbietungen äußern. Wird man schon heute mit Schallplatten mehr als gesättigt, so dürfte die Zukunft noch mehr der Fall sein als bisher. Hat man schon bisher fast die gesamten Programme einfach simultan auf alle Stationen übertragen, statt eine gewisse regionale Kultur zu pflegen, wie das auch heute noch der reichsdeutsche Rundfunk befragt, so wird bei herabgesetztem Budget sicher keine Besserung eintreten. Man klagt heute oft und nicht zu Unrecht über die mangelhaften Übertragungen von Vorträgen. Dem könnte nur dadurch abgeholfen werden, daß das Radio-Journal ähnlich, wie es der reichsdeutsche Rundfunk macht, die Vortragenden zunächst einmal zu einer Probe kommen läßt. Ihnen Gelegenheit bietet, ihren eigenen Vortrag durch Schallplatten abzuheören und dann nach Möglichkeit den Vortrag zu verbessern, gänzlich ungeeignete Sprecher oder auszuscheiden und ihre vielleicht sachlich guten Ausführungen von anderen Sprechern vortragen zu lassen. Das aber kostet Geld und es müßte auch in den Sonneraräumen entsprechend zum Ausdruck kommen. Würde man statt dessen die Sonnerare noch weiter herabsetzen, so muß ganz selbstverständlich die Qualität der Übertragungen aller Art leiden.

Am Interesse der Hörer muß also ganz entschieden gegen die Absicht einer weiteren Entziehung der Rundfunkgebühren für fiskalische Zwecke protestiert und gefordert werden, daß zum mindesten der bisherige, ohnehin schon sehr ungenutzte Schlüssel beibehalten werde.

Der neue Schweizer Bundespräsident.

Bern, 15. Dezember. (Wolf.) Das vereinte Parlament aus Nationalrat und Ständerat wählte zum Bundespräsidenten für das Jahr 1933 den Bundesrat Schulthess, Leiter des Reichswirtschaftsdepartements, und zum Vizepräsidenten den Bundesrat Dr. Pilet-Golay, Leiter des Post- und Eisenbahndepartements.

Die Philippinen als unabhängig erklärt

Washington, 16. Dezember. (Heuter.) Der Senat stimmte der Gesetzesvorlage zu, durch die den Philippinen-Inseln die Unabhängigkeit zuerkannt wird. Dieses Gesetz soll im Laufe der nächsten acht Jahre verwirklicht werden.

Zu eng beisammen! Welch ein Anlaß zu moralischer Erhebung und Entrüstung! Ein Ehepaar in Graz, das nur über zwei nebeneinanderstehende Betten verfügt, nahm einen Schlafburischen auf! Die drei müssen in folgender Reihenfolge liegen: Der Schlafburische, der Cheemann, keine Frau, Fuu, noch ein Abgrund von Sittenscheit! Keine jeder Liebesintimität muß der Schlafburische werden... Wie kann man nur! S. man muß! Man will doch ein paar Groschen Nebenverdienst haben! Es ist schon so, je tiefer die Menschen im Glend stehen, je besser ist alle Chancen des Hungers kennen gelernt haben, um so mehr verblaffen die Chancen der Ethik und der Keuschheit. — Das fast Unvermeidliche geschah — eines Nachts wechselte die Frau — oder war es der Schlafburische? — die Reihenfolge — es kam zu einem Ehebruchprozeß und zur

Die Einbrecherbande Habetin vor Gericht.

16 Angeklagte — 35 Straftaten.

Prag, 15. Dezember. Heute erschien vor dem Senat des OBR. Svoboda eine Auslese der Prager Unterwelt: der bekannte und gefürchtete Einbrecher Franz Habetin und seine 16 Komplizen. Man hatte von diesem Prozeß große Dinge erwartet. Diese Erwartungen wurden indessen enttäuscht. Der Führer der Bande hatte in der Unternehmung den „Ragat gemacht“, das heißt Artisan gearbeitet. Bei der heutigen Verhandlung hielt er es indessen für angezogen, sich vornehmlich zu benehmen, denn er sah wohl ein, daß angesichts des harten Titels der Hochtäter, die ihn als Simulanten deklarieren, keine Rolle als Wahnsinniger ausreichte. Habetin ist im ganzen zehnmal vorbestraft darunter eine sechsjährige schwere Kerkerstrafe. Keuchlich verhält es sich auch mit seinen Diebsgefährten.

Die eingeklagten 16 Delikte betreffen durchwegs Raubeneindrücke, meist in Post- und Gemeindegeldbüchern, Sparcassen und anderen ähnlichen Institutionen. Die Beute beträgt im Einzelnen zwischen 1500 und 2000 K. Auch dem bekannten erzbißschäftlichen Schloß in Brezau stahlte Habetin einen Besuch ab, fand aber in der geschloßenen Kasse kein Geld vor, oder überließ vielmehr einige Tausender, die in einem Raubbuch eingeklagt waren.

Eine besondere Rolle unter den eingeklagten Fällen spielt die Sache des Advokaten Dr. Herrmann, der am 15. Mai nach der Mittagspause etwas früher in seine Kasse kam und dort Ha-

betin mit zwei Kumpanen in bester Arbeit an seinem Tresor fand. Habetin gab dem überwachten Advokaten einen Dieb mit dem Ziem-eigen und entließ samt seinen Helfern. Benachteiligt ist das diesen Eindruck der heute gleichfalls angeklagte Echa zugab, der von Dr. Herrmann wegen einer Diebstahlsache ex officio verurteilt worden war und die Besuche in der Kasse seines Rechtsanwalts als aber nachmann dazu benützte, eine neue Sache anzubohren.

Nach der Verhandlung sauberten zunächst einmal Detektivs Verhandlungsaal und Korridor von zahllosen wohlbedachten Berufscollegen der Angeklagten, die sich eine so interessante und lehrreiche Verhandlung nicht entgehen lassen wollten.

Indessen war der Verhandlungsablauf wenig abwechslungsreich. Die Kassenräuber leugneten alles, was sich halbwegs leugnen ließ. Die Schuld beweise sind freilich mehr als ausbleibend. Die Verhandlung gestaltete sich auch uninteressant. Es kam nicht einmal zur Vertagung, sondern der Senat gelangte bereits in den späteren Nachmittagsstunden zur Urteilsfällung.

Habetin wurde zu vier Jahren schweren und verschärften Kerkers verurteilt, die anderen Kumpane, die in den eingeklagten 16 Fällen in verschiedener Funktion mitgewirkt hatten, erhielten Kerkerstrafen zwischen drei und zehn Monaten schweren Kerkers. Ein einziger wurde mangels Beweisen freigesprochen. rh.

15.-22. Dezember Wählerverzeichnisse kontrollieren! Das Wählerverzeichnis bestimmt das Wahlrecht!

Verurteilung des Fremden. Also zur gerichtlichen Sühne, zur Bestrafung eines Eheschänders, und die Moral kann zufrieden sein. Aber in tausend und abertausend Wohnungen — nicht nur in Graz, wo vor einem Bezirksgericht der Schlafburische verurteilt wurde, sondern allüberall — schlafen Menschen nicht nur zu zweit in zwei Betten, sondern zu dritt und viert in einem Bette, Eltern und Kinder, Erwochzene und Halbwüchsige, Brüder und Schwestern, Familienmitglieder und Fremde. Und nur wenig von dem, was geschieht, was geschehen muß, weil so viele zu eng beisammen sein müssen, kommt vor die Gerichte. Und es ist gut so — für die Gesellschaft. Denn bliebe nicht so viel Traurig-Schmutziges im Dunkel, — o, die Damen und Herren der „Gesellschaft“ verloren den Mut, sich moralisch zu entrüsten, denn sie müßten schauernd erkennen, wie faul die Gesellschaft ist!

Reif für Bohne — die große Ironiehaft bei Prag — scheint jener Beamte der Devisenkommission zu sein, welcher der Hausfrau Pechl in Reuttschein nicht gestattet hat, für 185 Dollar, d. h. 5500 K. Duceffelder in die Tschechoslowakei einzuführen, ohne welches die Fortführung des Betriebes nicht möglich ist. Tatsächlich hat der Betrieb eingestellt und 80 Arbeiter müssen entlassen werden! Der Herr Finanzminister sollte einen Pächter anstellen, der den betreffenden Beamten der Devisenkommission, der diese Verfügung getroffen hat, unterjuchen sollte. Die Vorgangsweise der Devisenkommission, für die der Finanzminister die Verantwortung trägt, muß die heftige Empörung der Devisenbesitzer hervorgerufen. Will denn der Herr Finanzminister den letzten Arbeiter arbeitslos machen?

Rache mit Dynamit. (Aolca.) Mittwoch explodierte gegen 9 Uhr abends beim Rathaus in Glin im Kreis Lila eine Dynamitpatrone. Es wurde festgestellt, daß die Patrone von einer Person hinterlegt wurde, der der Bürgermeister eine Unterstützung verweigerte. Die Explosion richtete keinen Schaden an.

Frühlingstemperatur in Paris. Aus der Gegend zwischen Montpeller und Narbonne werden hebersichwemmungen gemeldet, die durch heftige Regengüsse sowie durch das Hochwasser der Flüsse Aude und Garonne verursacht worden sind. Ueber dem Atlantischen Ozean herrscht dichter Nebel, daß der Schiffsverkehr überaus behindert wird. In Paris selbst herrscht bereits seit zwei Tagen warmes Wetter, wobei sich die Temperaturen zwischen plus 15 und plus 16 Grad Celsius bewegen.

Der Raubmord in Plauen, der dort am vergangenen Samstag an der 61-jährigen Frau des Lebensmittelhändlers Höfer verübt wurde, hat seine Aufklärung gefunden. Als Täter wurde der 21-jährige erwerbslose Modellistler Grubner, der in Plauen bei seinen Eltern wohnt, verhaftet. Er gestand die Tat ein.

Doppelselbstmord. Gestern vormittags wurde das Gastwirtsehepaar Karl Kollner in Wien in seiner an die Gastwirtschaft angrenzenden Wohnung mit Leuchtgas vergiftet tot aufgefunden. Die polizeilichen Erhebungen haben ergeben, daß der Gastwirt, der im vollsten Einverständnis mit seiner Gattin gehandelt hat, aus der Kasse eines Sparvereins der Waldviertler, dessen Obmann er war, einen Betrag von etwa 10.000 Schilling entnommen hatte, den er für sich verwendete. Später war er nicht mehr in der Lage, dieses Geld in die Kasse zurückzugeben.

Theaterbrand in Worms.

Worms, 15. Dezember. Von einem schweren Brandunglück wurde Mittwoch abends das städtische Spiel- und Festhaus betroffen. Der Brand brach im Requisitenhaus aus und fraß sich bis zum Dachstuhl empor. Während das Bühnenhaus vollkommen abbrannte, blieb der große Theateraal vom eigentlichen Feuerschaden bewahrt. Man vermutet Brandstiftung. Der entstandene Sachschaden beträgt weit über 100.000 Mark. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Arbeitsloses Ehepaar am Rande des Hungertodes

Aus Georgswalde wird berichtet:

Daß es in dieser gottgewollten (sagt hätten wir gesagt: gottverfluchten) Weltordnung arbeitsscheue Menschen gibt, die keine Arbeit finden können, daher keinen Verdienst haben und hungern, ja buchstäblich verhungern müssen, diese Behauptung wird von den bürgerlichen Presseleuten jumeiß ansehend als „sozialistische Uebertreibung“ und „Schwarzmalerei“ bezeichnet und ist damit nach ihrer Auffassung abgetan. Daß solche Behauptungen aber keine Uebertreibungen sind, wird durch den Fall der hier in den Niebighäusern wohnhaften, schon lange arbeitslosen Eheleute Nijcher bewiesen. Das genannte Paar, das in einer Dachkammer wohnt, wurde tot bewußtlos aufgefunden und ins Rumburger Krankenhaus geschafft. Entkräftung soll die Ursache der Verwundbarkeit und des vielleicht durch das rechtzeitige Auffinden von den beiden verjagten Hungertodes sein. Da das Paar im Spital zu essen bekam, besserte sich der Zustand der Leute sofort. — Daß Menschen inmitten all der ungeheuren Warenvorräte verhungern, ist blanker Wahnsinn in kapitalistischer Gewandung.

Man vermutet, daß Frau Nijcher nur bestrebt ist, eine Wiederaufnahme der Verhandlung herbeizuführen. Die Staatsanwaltschaft hat eine genaue Nachprüfung angeordnet. Borecht findet im Nordhaus ein neuer Lokaltarmin statt.

Weihnachten: Caro-Urteil. Im Berliner Caro-Bühnen-Prozeß wurde am Mittwoch die Verhandlung 146 zum 23. Dezember ausgeführt. Landgerichtsdirektor Ehneseorge leitete mit, daß der Angeklagte Eheherrat Caro an diesem Tage das letzte Wort erhalten werde. Die Urteilsverkündung ist für den gleichen Tag zu erwarten.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Prag: 12.35 Deutscher Sendung. Röhrt: 22.15 Orchesterkonzert. Berlin: 6.35 Schallplattenkonzert, 14.00 Operarien (Schallplatten). Breslau: 6.35 Orchesterkonzert, 16.10 Kleine Gelbesmüll, 19.00 Chor Konzert. Hamburg: 20.00 Sinfoniekonzert. Königsberg: 16.00 Orchesterkonzert. Langenberg: 7.05 Schallplatten, 13.00 Konzert, 17.00 Konzert, 20.00 „Gräfin Mariza“, Operette. Leipzig: 6.35 Schallplatten, 16.30 Konzert. Dresden: Philharmonie, 20.45 Bochdoden. Ründen: 12.00 Konzert, 18.05 Fächerkonzert, 20.05 Volksinfonieorchester, 21.30 „Altkodemus“, Oper. Wien: 11.30 Konzert, 19.30 „Falsch“, Budapest: 22.05 Jiguneremus.

Das Zaubergras von Southampton.

Das seltsame Angebot eines englischen Fischers.

Amsterdam, Mitte Dezember. (Eg. Ver.) Eines Tages erhielt die holländische Regierung ein seltsames Schreiben. Ein armer unbekannter englischer Fischer hatte es abgeschickt, und die Mitteilung, die es enthielt, war sonderbar genug. Der Fischer, der in dem Dörfchen Poole bei der großen englischen Hafenstadt Southampton beheimatet war, bot der holländischen Regierung nichts weiter als Samen an, einfachen Grasfasern. Aber er schrieb, daß diesem Samen ein seltsames, bisher in Europa unbekanntes Gras entsprechen werde, das dem weiteren Vordringen des Meeres an gefährdeten Küsten ein Ziel zu setzen vermöge. Da Holland den Angriffen der See stets ausgesetzt sei, blüte er, Versuche mit seinem Wundergras zu machen. Die Holländer waren so vorurteilsfrei, den Samen auszusäen und die Wirkung zu studieren. Und siehe da, der einfache Fischer aus England hatte nicht zu viel versprochen: Dort, wo das Gras wuchs, wurde verschütteter Boden hart bis in die Tiefe hinein. Aber auch das Meer schien eine seltsame Scheu vor diesem Gras zu haben: Die Flutwelle wurde mit erstaunlicher Gewalt von den schwankenden Halmen gebrochen.

Kann spricht sich das Gerücht von dem Wundergras herum. Auch in England finden sich Gemeinden, die von dem Fischer Samen kaufen und gute Erfahrungen damit machen. Und nun werden die Engländer überall aufmerksam. Die Wissenschaftler nehmen sich der Sache an. Der Leiter des staatlichen englischen Forschungsinstitutes für Landwirtschaft in Chelmsford, Professor James Brnoo, prüft die Wirksamkeit des Grasses, das sich plötzlich aus wenigen Keimen an der Küste Sünglands bei Southampton gebildet hatte. Woher kam das seltsame Gras, welcher Art war es, wo in der Welt war es noch zu finden? Die Antwort konnte ein Professor vom

King's College in London geben. Er war schon früher auf das Gras aufmerksam geworden. Durch eingehende Prüfungen und Vergleiche hatte er festgestellt, daß das Gras einer in Südamerika heimischen Weisgrasart ähnelte, die die Naturwissenschaftler unter dem lateinischen Namen Spartina Tensendi bezeichnet hatte. Der Herr Professor war am Meerestrand gewesen und hatte seine Vergleiche angestellt, aber er hatte zu kurze Zeit dort verweilt, um dieselben Beobachtungen machen zu können, wie der scharfsichtige Fischer. So war er, von seinen wissenschaftlichen Feststellungen befriedigt, wieder nach London gefahren.

Der Fischer aber baute auf das Vorkommen des Grasses eine neue Hoffnung auf. In England glaubte man ihm zunächst nicht, wenn er von den märchenhaften Fähigkeiten seines Grasses erzählte. Der Prophet gilt ja selten etwas in seinem Vaterlande. Als sich aber die Erfolge der Holländer nicht mehr verheimlichen ließen, da wurde auf Grund der Untersuchungen des erwähnten Forschungsinstitutes in Essex mit Unterstützung der Regierung eine Versuchsfarm eingerichtet. Das Gras wurde in überschaubarem Land hineingeführt, und schon nach kurzer Zeit konnte man feststellen, wie der Boden trocken und hart wurde. Es hatte geradezu den Anschein, als ob das Gras das Wasser verschluckt hätte.

Nun ging man auch in England von Staats wegen daran, das Gras zunächst an besonders gefährdeten Stellen anzupflanzen. Streifen von hundert Meter Breite des etwa zwei Meter hohen Grasses sollen jede Flutwelle gebrochen. Die Aussichten, die sich nun eröffnen, werden kaum zu überschätzen sein. Menschenleben und wertvolles Land werden mit Hilfe einer scharfsinnigen Beobachtung, die ein einfacher Proletarier machte, vor Katastrophen, die gieriges Wasser verursachen kann, bewahrt bleiben.

Die Todsünde im k. k. Oesterreich.

Von Edmund Reimer-Trombe.*

Der Untersuchungsrichter, Gerichtsadjunkt Schadele, trat ein; im roten Gesichte, schweißelassen keine Reglein. Weit flatterte die lockerte Lage um den dreißigjährigen, das Barett lag schief und er blinkte.

„Wie die Gerechtigkeit!“ flüsterter jemand im Zuschauerraum.

„Unterlassen Sie das Sprechen!“ Die Stimme des Adjunkten Schadele piepte. „Ich lasse sonst den Saal räumen!“

Er sprach prononciert hochdeutsch und marschierte den Offizier, der er nie gewesen. „Straf-fall 357/III!“ befahl er dem Gerichtsdiener. Untenwegs nahm Van Senidel eine Brille. In einer zweiten Türe trat ein borsiger, junger Mann ein, etwas breitspurig und ein blaschen-bildendes Ringes, abwärts auf der Wade. In den Gehäusen der „armen Leute“ und den Knienpust aus dem Richterort mischte sich durchdringender Jodoformgeruch.

Der junge Mann nahm ostentativ am Schmalende des Tisches Platz. Der Staats-anwaltliche Funktionär — Student, Ge-hülfe der Gerechtigkeit. Zwei Schreiber traten ein, dienerien zu den flüsternden „Herrn Rich-tern“ und krümmten sich auf die Plätze.

„Der Senidel kommt“ auch mit dem At-kommen!

„Stärkt sich jedenfalls erst“, lächelte der Jodoformierte.

Da kam der Besprochene.

„Alte — hatte nicht ge’habt bei Hand?“ grünte er. „Hab ich Krügel Bils für Pane Rät gegott. Alte — da sie!“

„Die Angeklagte!“

„Bani Kancová!“ rührte der Diener.

„Zogen Sie doch: Anna Kancová!“ rügte der Richter. „Angeklagte haben nur dann An-spruch auf den Ehrennamen Herr und Frau, wenn sie kaiserlich-königliche Beamte sind!“

„Me Landsleit meingest!“ sagte der Diener.

„Frau schunn ju lang! Harte acht Kinderlein, ist schunn Frau!“

„Aber ich log’ Ihnen doch —“

Die Angeklagte trat mit zwei Gendarmen ein. Sie trug eigene Kleidung, den Sonntag-sstaat böhmischer Bäuerinnen, den kurzen Rock, die glänzenden kleinen Häkschentiefel, das bun-teliebende Härtuch und ebenbüchendes Zipselstich am Ärmel. Sie war vielleicht 45 Jahre alt, sah jung, aber wie verfallen aus.

Nach einleitenden Fragen frug der Staats-anwalt: „Und wieder strömte eine Welle Jodo-form mit ihrer süßlichen Weisheit über den auf-sigen „Saal“.“

„Sie sind die Frau des Müllers Ramek in Bohonovice?“

Ein leises: „Ja — bin ich . . .“

„Sie haben acht Kinder?“

„Ja . . .“ — „acht — hohe Herr — kein alle ju geit.“

„Das kümmert mich nichts! Warum ver-gaßen Sie Ihre Gattinnen- und Mutterpflich-ten?“

Die Angeklagte laut auf die Pant zurück. Sie schwiegen.

„Sprechen Sie! Und antworten Sie lebend.“

Wählan erhob sich das Weib, würgte an den ungewohnten Worten: —

„Sitt ich Sie — hohe Herr Richter — sein’ S’ noch a ju jung — kennen S’ gar nie, nie denke —“

„Richter bin ich!“ rüchte Adjunkt Schadele. „Und werden Sie nicht persönlich, lassen Sie die Personen aus dem Spiel! Fassen Sie sich kurz!“

In das blasse Gesicht der Achtkinder-mutter fuhr jähres Rot. „Nu — sie halt lumme, wie Matinka meingest floba is — ann so halt . . . Me immo öste bleiba, weil der Müller ise ju fremm gewest unn hatte sein willn Bürger-mastera ju diese Jahr, unn hatte Herr Vater Waniel hochwürdiges immo gemacht den Wol . . . Do hatte Fraudschoft sein müße —“

„Das gehört nicht hierher —“ Sie werden Seine Hochwürden doch nicht bestimmter Wahl-manipulationen beschuldigen wollen . . .?“

„Me Zejis Maria!“ tief erschreckt bezeugte sich das Weib — „Alte ne! Was gläb’us, Pan Richter? Wu hatte Romm meingest Stell kriagt vunm Bürgermasterei . . . wer ich doch mi plau’k u!“

„Schweigen Sie!“ brüllte der Richter. „Sonst lasse ich Sie abführen und verhandeln ohne Sie weiter —“ Wie kam es, daß Sie in geschlechtlichen Verkehr mit dem Herrn Vater traten?“

In diesem Momente flog die Türe auf — ein großer, erregter Herr in Uniform trat ein und befahl dem Diener:

„Geben Sie hinaus! Nehmen Sie die Frau mit!“

Zum Praktikanten:

„Sie sind klau! . . . Der Herr Oberbezugs-arzt wird Ihnen das Zeugnis geben. Sie haben Urlaub auf unbestimmte Zeit. — Herr Prakti-kant, ich empfehle mich Ihnen!“ — Gefnickt schloß die junge Verkommenheit hinaus. Der Rat und der „Richter“ waren allein. —

Des Richters’ Finger spielten nervös am grünen Tuch des Tisches.

Von links fiel ein voller Schwarm Sonnenlicht auf das abgenippte Kreuz am Tische und ließ die schmalen Schwurkerzen noch schmutziger erscheinen.

Warum hat die Prohibition in Amerika verfaßt?

Von Dr. A. Politischer.

Die Wahlen zum Kongress haben bewiesen, daß in der öffentlichen Meinung in der Union ein gewaltiger Umschwung eingetreten ist; wäh-rend vor 10 Jahren die übergroße Mehrheit der Wähler und der Kongressmitglieder mit Begei-sterung für das Alkoholverbot stimmte, wird der neue Kongress, der im Frühjahr zusammentritt, bestimmt mit Zweidrittelmehrheit die Aufhebung des 18. Amendements zur Verfassung beschließen; ob dieser Beschluss dann auch noch, wie es die Verfassung vorschreibt, in 3/4 der bestehenden 48 Staatenparlamenten bestätigt werden wird, steht noch nicht fest, es ist aber nicht unmöglich, aller-dings werden bis dahin noch Jahre verstreichen; und vor Durchführung dieses langwierigen Ver-fahrens wird der Verfassungsgerichtshof be-stimmt jede der Verfassung widerprechende Änderung oder Verletzung des Prohibitions-gesetzes ablehnen. Die allzu frühen Hoffnungen der europäischen Bier- und Weinapitalisten, die schon große Borräte bereithalten, ja schon Schiffe geparkt haben, um den Alkohol recht rasch hin-über zu schaffen, werden daher vorerst enttäuscht werden.

Wir Alkoholgegner müssen uns fragen, wie es zu einer solchen Änderung der Volksmeinung kommen konnte; wir müssen nachforschen, ob und welche Fehler die Anhänger des Verbots drüben begangen haben, müssen aus den Vorgängen in Amerika Lehren für unser eigenes Verhalten ziehen.

Wir deutschen sozialistischen Alkoholgegner dürfen wohl behaupten, daß wir dem amerika-nischen Experimente stets feilsch abwartend und etwas misstrauisch gegenüberstanden und die amerikanischen Methoden abgelehnt haben, weil sie nicht immer auf wissenschaftlichem Boden standen und es mit der Unausführbarkeit der Beweismethoden nicht sehr genau nahmen. Sie haben z. B. in der Zeit der Konjunktur der Prosperität mit Pokanuschall verhandelt, daß der wirtschaftliche Aufschwung der Prohibition in allererster Reihe zu verdanken sei. Und nun kam trotz Prohibition die Krise, die Arbeitslosigkeit, begrenzt, daß nunmehr die Gegner des Ver-bots den Spieß rasch umkehrten, die Prohibition als eine der Ursachen der Krise anklagten und verpönten, durch die aus den Alkohalfremern fliehenden Einkünfte das ungeheure Defizit des Unionshaushaltes leicht decken zu können. Kein Wunder, daß das Verbot dadurch in Nichtcredit geriet.

Die Prohibitionisten haben weiter den Fehler begangen, ihre Tätigkeit allzusehr auf das ge-sehbedürftige, das politische Gebiet zu beschränken und die nach unserer Meinung viel wichtigere und grundlegenden volkswirtschaftlichen und aufbau-ende Arbeit seit Einführung des Verbots zu vernachlässigen, weil sie meinten, nunmehr darauf verzichten zu können. Sie verkümmerten vor allem die Werbearbeit unter den Einwohnern, die aus ihrer Heimat den festsitzen Widerstand gegen das ihnen als unerträgliches Zwang erscheinende Verbot mitbrachten.

Das Alkoholkapital verstand es, sich der großen Presseorgane zu versichern, die ja drüben eine fast unumschränkte Macht über die öffentliche Meinung ausüben; und es war ein schwerer Fehler, den die Prohibitionisten be-sonders in den ersten Jahren des Verbotes beg-ing, als sie noch sehr einflussreich war, daß sie sich nunmehr in Sicherheit wiegten und die Kraft des Gegners unterschätzten. Damals kamen die Emisäre nach Europa herüber und verlangten

von den Abstammungsorganisationen, daß sie nach amerikanischen Methoden agitierten, weil sie ja drüben das Ziel erreicht hätten. Es wäre viel besser gewesen, sie hätten die Werbearbeit drüben fortgesetzt, hätten die hauptstädtische Presse für sich zu gewinnen verucht, die langsam, aber ziel-sicher die öffentliche Meinung verwirrte.

Daß die Hauptschuld an dem Zusammen-bruch der Prohibition ihre ungenügende Durch-führung und Überwachung, die Korruption, das Gangsterwesen, die Erschütterung des Wirt-schaftswesens durch die Krise sind, ist bekannt.

Wir europäischen Alkoholgegner haben seit jeder dem Standpunkt vertreten, daß gesetzliche Maßnahmen gegen den Alkohol — wie übrigens Gesetze jeder Art — nur dann vorgeschlagen und insofern durchgeführt werden sollen und können, als sie dem sittlichen und geistigen Stande der Volkseele entsprechen, weil sie sonst zu einem Mißerfolg führen müssen. Ich habe den amerika-nischen Tendenzen gegenüber, die vor 10 Jah-ren zu uns kamen, kein Hehl daraus gemacht, daß ich mich gegen jede Agitation für ein ge-setzliches Verbot bei uns zur Wehr setze, weil ich es aus zahlreichen Gründen für unerschütterbar, aber auch für undurchführbar hielt. Allerdings haben wir damals geglaubt, daß die Menschen in Amerika weiter fortgeschritten und in ihrer großen Mehrheit reif für das Verbot seien; die Entwidlung hat dort wie auch in dem seit jeder überaus mächtigen Finnland gezeigt, daß diese Annahme ein schwerer Irrtum war.

Uns bedeutet das Verbot des Alkohols in den Vereinigten Staaten keine Enttäuschung, sondern im Gegenteil eine Bestätigung der Rich-tigkeit unserer Anschauungen und Methoden. Die Hauptsache sind gar nicht die Gesetze, die Verbote, der Zwang, mit ihnen werden wir die Herrschaft des Volkswesens nie und nimmer zu erschüttern vermögen, so lange wir nicht durch eine unermüdlche Arbeit mit einwandfreien, wissenschaftlichen gut untermauerten, unüber-legbaren Beweisen und Gründen die Denkenden, Verantwortlichen in ihrer überpropheten Mehrheit davon überzeugt haben werden, daß der Genuß alkoholischer Getränke für kultivierte Menschen nicht in Frage kommen könne. Wir sozialistischen Enthaltsamen wissen überdies sehr genau, daß wir dieses Ziel in einer kapitalistischen Gesell-schaft nicht werden erreichen können; und gerade Amerika zeigt uns, daß die Hauptschuld an dem Zusammenbruch dem mächtigen Ansturm des in seinen Interessen tief geschädigten Alkoholkapitals zurückzuführen ist; wir begreifen auch durchaus, daß der Hochkapitalismus Nordamerikas den Alkohol als seinen wertvollen Bundesgenossen im Kampfe gegen die Arbeiterklasse gar nicht ent-behren kann und will. Unsere Grundzüge sind durch den Fall des amerikanischen Verbots nicht erschütterter; wir kämpfen für die Befreiung der Menschen von der Trunksucht, weil wir sie für einen Feind der Arbeiterklasse halten, die durch sie in ihrer geistigen, körperlichen und sittlichen Entwidlung gehemmt und geschädigt wird; der Sozialismus aber nur von einer gesunden, ethisch hochstehenden, denkenden Arbeiterklasse erkämpft werden kann; wir kämpfen für die Befreiung der Menschheit vom Joch der kapitali-stischen Wirtschaftsordnung, weil nur die sozia-listische Gesellschaft den Alkoholismus mit seiner Leid und Seele verderbenden, kommenden Gescheh-ter bedrohenden, gemeingefährlichen Wirkung bleibend zu vernichten vermag.

„Herr Rat —“

„Ja —, der bin ich jetzt für Sie! Auch Sie werden auf Urlaub geben. Noch Pause gekom-men, bekommen Sie starkes Fieber . . .“ Dabei kam ich in den Saal, diese illustre Verhandlung abzubrechen . . . vor einem Bezirksgericht vor einem betrunkenen Einzelrichter . . . „Frage kommt man kriegen, sehr wertvoll, Herr Kolloga!“ . . . ich habe 30 Dienstjahre, bin abgehehrt . . . überreiche mein Pensionsgesuch . . . Beamten Ihrer Generation vorgelesen zu sein, vertritt ich weder mit meinem Gewissen, noch mit meiner Ehre . . . Baldige Befreiung, Herr Adjunkt!“

Anschließend ging der „Gedrohene“ hinaus. Berücksichtigt sah ihm der alte Rat nach.

„Das kommt doch nur hierher, um sonles und leichtes Brot zu essen, fünf bis sechs unstat acht Stunden abzusitzen, um vorher, während und nachher — kaufen. Wahrscheinlich bestraf er an anderen seine ungestraften Vergehen.“

Frau Kancová, die pflichtvergessene Mutter und Gattin, die Störerin einer gottes-dienstlichen Handlung, die „Verbrecherin und Ehebrecherin“ sah heulend in ihrer Zelle ab nichts und betete, betete . . .

Der Sommer verging — es war der vierte Monat, daß sie „in Untersuchungschaft“ lag, und der fünfte, daß sie „guter Hoffnung“ war —, da schlug die Stunde der Entscheidung, die der Verhandlung vor dem Kreisgerichte.

Sie ward per Bahn und mit Gendarmen-begeleitung vergeschafft und schmützte sich so vor den Leuten, denn viele kannten sie von den Markt-tagen her, da sie mit Butter und Schmettenkäse am grünen „Stadtplatz“ des Landstädtchens sah, in welchem der „arme Adjunkt“, wie ihn wegen einer Krankheit einzelne gleichgültige Beamten-töchter nannten — „so hinfischen mußte, wo er doch an die Weltstadt gewöhnt ist.“

Die Kancová stand in ihrem Großbäuerin-nenstaat ganz schlichtern vor dem Richter-schemel, vor den Geschworenen . . . Die Zeugen

Von unsern Kinderfreunden.

Winterferien 1932/33. Der Beginn des Vor-jahres, mit unsern Falken auch die Weihnachtshän-gerien für Heimgemeinschaften nahbar zu machen, wird besser fortgesetzt. Im Vorjahre waren etwa 25 Kaufmann in einem Winterlager im Bezirke der Prager Gegend im Winterlager des Bezirkes Aussig-Borsdorf, gemeinsam mit säklichen Falken am Zollenstein in Nord-böhmen, und ein Winterlager vom Gau Teplice im Erzgebirge (Gerzdorf bei Komotau). Mit diesen Winterlagern wollen wir erreichen, daß auch die Winterferien unserer Falken zweckmäßig und in froher Gemeinschaft verbracht werden. Winter-sport, Heimspiele, Gesänge, Wanderungen usw. werden die wenigen Feiertage ausfüllen.

Die Schulungsarbeit im Reichsberein wird mit allen Kräften fortgesetzt. Das Ziel des Schulungs-planes für die Wintermonate ist mindestens 600 Erziehungs-funktionäre (Gesek und Faltensführer) theoretisch und praktisch zu schulen. Mehr als die Hälfte sind bereits durch Wochenend-schulen er-folgt worden, der Rest wird in den Schulen, die noch zur Durchführung kommen sollen, geschult werden. Diese Kurse verursachen große finanzielle Ausgaben für die Reichsleitung, Gau- und Bezirks, und es könnte noch weit mehr an Schulungsarbeit geleistet werden, wenn hier nicht der Tätigkeits- und finanziellen Stän-den bestimmte Grenzen gezogen wären. Trotzdem dürfte es gelingen, durch unsere Schulungsarbeit dem größten Teil unserer aktiven Helfer und Faltensführer neues Wissen zu vermitteln, das sie bei ihrer Tätig-keit mit den Arbeiterkindern unbedingbar haben müssen, wenn unsere Arbeit Erfolg haben soll.

Meine Herren Geschworenen! Bedenken Sie, daß Sie Menschen sind und daß ein bloßer Titel Sie nicht alles Gerechtigkeitsgefühl be-zenden darf! — Ich schweige schon, Herr Präsi-dent! — Meine Herren —, fassen Sie ein frei-sprechendes Urteil! Eine Zukunftswelt der Frei-heit blüht einmal auf diese Zeit, in welcher die Sonne . . .

Der Präsident entzog ihm das Wort.

Er selbst sprach noch einige Worte und be-tonte, daß eben in der „stürmischen Zeit der ver-schieden Religionen“ das Prinzip gewahrt bleiben müsse . . . Er sei für keine harte Strafe, aber, Strafe müsse sein —

Denn sie zeigt den Weg ins Zuchthaus und der führt unbedingt zu schönstem Bessertwerden und manden, der keine Bäuerin aus der Ban-nalei ist, zu Geld und Ehren!“

Der Verteidiger bekam dafür noch eine Strafe. Er verzweigte sich.

Die Geschworenen begaben sich zur Be-ratung. Sie dauerte nicht lang. —

„Ob die Angeklagte schuldig sei?“

Zwei Stimmen „Nein“, zehn Stimmen „Ja!“

Aber ihre Erregung, ihr Zustand, Bewei-senskräfte, lassen sie nicht verantwortlich er-scheinen. —

Ungerne, man sah es, verzichtete der Staats-anwalt auf „noch ein Wort“.

Der Gerichtshof zog sich jurist. — —

Im Namen . . . schuldig erkannt . . . vier Wochen Gefängnis . . . als verbüßt erachtet unter Annahme mildernder Umstände durch die zweiundzwanzigwöchige Untersuchungschaft auf freien Fuß zu setzen . . .

Das horie die Kancová noch. Dann ward sie ohnmächtig.

Als sie erwachte, lag sie im Spital.

Sie hatte Schmerzen.

Auf die angstvolle Frage nach — dem Klau sagte ihr die Schwester alles schonend

„Noch immer Bluterlust.“

Die Kancová fühlte, wie ihre Kräfte nach-ließen. Da kam der Frater, lächelnd, sprach vom Gesundwerden, öffnete ihr den Mund, sie schluckte etwas.

Zu beiden Seiten des Mühlentweges hingen Dornen mit Hautfetzen an den Ästchen und die Kancová wänd sich leidend durch.

Die Kinder kamen für emporen und ihr Mann stand breit lachend auf der Brücke . . .

„Boze mu!“ kriehe sie freudig auf und —

Nach drei Tagen ward sie in ihr nahe-s Heimaltsdorf geführt. Der Mann ließ das rote Weib holen. Der Kapuziner hielt eine Rede —, die goldenen Stoppschilder der goldenen Hanna floßen ins klare Herbsthimmelblau.

Der Frater schweig noch zwei fremden Säben, welche der Pfarrer dem Mesner als: „die Religion bildet das Fundament.“ erklärte hatte.

Der Lehrer hatte sie anders verstanden. Sie lauteten schändlich von „Gerechtigkeit“.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Starker Rückgang des französischen Außenhandels.

Paris, 15. Dezember. (Savas.) In den ersten elf Monaten dieses Jahres wurden nach Frank-reich Waren im Werte von 27.130 Millionen Franken eingeführt. Ausgeführt wurden Waren im Werte von 17.993 Millionen Franken. Gegen-über der gleichen Zeit des Vorjahres sank die Einfuhr um 12.261 Millionen, die Ausfuhr um 10.307 Millionen Franken.

* Aus dem (vergriffenen) Romanbande: „Die Sünde der Augen“.

PRAGER ZEITUNG.

Die Rohrpost in Prag

hat den erweiterten Betrieb aufgenommen.

Prag, 15. Dezember. Die Prager Postverwaltung hat heute einen weiteren bedeutenden Schritt in dem historischen Ausbau der Prager Rohrpostwerke unternommen: Sie hat den Betrieb auf allen bisher existierenden Strecken und Stationen dieses Netzes aufgenommen.

Das neue System der Prager Rohrpost ist automatisch

und erfordert außer der Bedienung in der Zentrale im Hauptgebäude in der Fejtrichgasse kein weiteres Personal für die Bedienung der einzelnen Stationen. Die mechanische Einrichtung ist dezentralisiert. Die Erzeugung der für den Betrieb notwendigen Luft wird an mehreren Stellen des Rohrnetzes durch Apparaturen besorgt, die sich aus kleineren Elektromotoren zusammensetzen, die Rotationsbläserwerke antreiben. Die Konstruktion dieser Apparaturen ist derart, daß sie keiner ständigen Beaufsichtigung und keiner ständigen Bedienung bedürfen.

Das heutige Netz der Prager Rohrpost, mit deren Ausbau im Jahre 1927 begonnen wurde, ist in acht Streckengruppen ausgebaut, von denen fünf von der Hauptpost in Doppelschleifen ausgehen und die am meisten frequentierten Punkte im Zentrum der Stadt verbinden. Diese Doppelschleifen sind aus dem Grunde angelegt, da die eine Linie für den Betrieb in der einen, die andere für den Betrieb in der anderen Richtung dient. In der Verlängerung dieser Doppelschleifen verläuft dann weiter eine Rohrleitung, die die betreffenden Punkte, die entfernt gelegen sind und schwächeren Betrieb aufnehmen, miteinander verbindet. Außerdem verbinden zwei selbständige Einrohrstrecken die Postämter auf dem Wilson-Platz und auf dem Masaryk-Platz mit einer weiteren dritte Einrohrstrecke die Direktion für Post- und Telegraphen in der Hochova. Außer der Verbindung der Prager Postämter ermöglicht die neue Prager Rohrpostanlage auch die Verbindung von privaten Teilnehmern. Diese sind durch eine Teilnehmerstation mit der Telegraphenzentrale in

Prag für 198 K, nach Trentschin-Depliz in den Tagen vom 23. bis 28. Dezember für 221 K, nach Rom, Venedig und Florenz in den Tagen vom 28. Dezember bis 2. Jänner zum Preise von 1068 K (unter der Beteiligung des Cecel), sowie (gleichfalls unter Beteiligung des Cecel) nach Budapest in den Tagen vom 30. Dezember bis 2. Jänner für 338 K pro Person. Anmeldungen zu allen diesen Reisen bei der Kasse 13 Masaryk-Platz, dort auch Prospekte. Zu den Ausländern, die nach Rom und Budapest gehen, sind alle Cecelstellen in Böhmen Anmeldungen entgegen. Teilnehmer, die außerhalb Prags wohnen, haben Anspruch auf eine 30prozentige Fahrpreismäßigung zur Fahrt in die Antriefsstation des Sonderzuges und nach Beendigung der Reise bei der Rückfahrt an ihren Wohnort.

Kunst und Wissen

„Der Messias.“

Der jüngste Prager Handel-Renaissance dankte man am Dienstag eine Aufführung des Oratoriums „Der Messias“ durch den Prager Deutschen Volksgefangverein und das Orchester der Deutschen Musikakademie unter der musikalischen Leitung Dr. Karel Kowals. Mit dem „Messias“ hat Handel eines seiner großartigen Denkmäler der Tonkunst geschaffen, die wie etwa noch Bachs „Matthäus-Passion“ und „H-moll-Messe“ oder Beethovens „Missa solennis“ unvergänglichere Beweise seiner künstlerischen Genialität und seiner tiefen Kenntnis der menschlichen Natur und des menschlichen Geistes sind. Das Oratorium, das dem biblischen Bericht von der Passion und dem Tode Christi gewidmet ist, ist ein großartiges Werk, das in jeder Hinsicht das höchste, was die Kunst der Oper überhaupt zu leisten vermag. Die Aufführung, die der Prager Volksgefangverein unter der Leitung Dr. Kowals am Dienstag gegeben hat, ist ein glänzendes Zeugnis für die Kraft und den Geist der Prager Musikakademie. Die Aufführung war durch die hervorragende Besetzung und die hervorragende Aufführung der einzelnen Darsteller, durch die hervorragende Orchesterbegleitung und durch die hervorragende Regie ausgezeichnet. Die Aufführung war ein wahrhaftiges Kunstwerk, das den Zuhörer in den Bann der Musik und der Dichtung versenkte.

Technik, die sich beträchtlicher Vervollkommenung bedarf, um dem Künstler selbstverständliches Kunstausdrucksinstrument zu sein, und Unzulänglichkeit der Klang- und Artikulationskultur, die für den modernen Pianisten alles ist. Aber: noch ist Süßkind ein Vertreter, — von dem fertigen Künstler dürfen wir Wunder erwarten. E. J.

Reichnachtsstücke für die kleine Bühne. Die Direktion gibt Reichnachtsstücke zu zwölf Akten in einem geschmackvollen Lederfutteral heraus.

Wochenplan des Neuen deutschen Theaters. Freitag, halb 8 Uhr: „Elisabeth von England.“ — Samstag, halb 8 Uhr, zum ersten Mal: „Hofspolier.“

Wochenplan der kleinen Bühne. Freitag, halb 8 Uhr: „Ich habe einen Engel geheiratet“ (Kulturverbandsfreunde). — Samstag, 8 Uhr: „Dreimal Offenbach.“

Sport • Spiel • Körperpflege

Ausrüstungsorgen des Eisfahrers.

Beim Einkauf von Ausrüstungsgegenständen und Kleidung, die man für den Skisport braucht, darf man sich weder von der Mode leiten lassen noch von der Vorstellung, daß eine Skifahrt einer Polar-Expedition gleichzustellen ist. Diese Vorstellung haben noch immer sehr viele, das beweisen jene seltsamen Gesellen, die man trifft sie oft im Gelände, ausgekostet und eingewickelt, ein tröstliches Bild der Unbeweglichkeit bieten. Für die Bekleidung gilt der Grundsatz: keine schweren, dicken, harten Stoffe, sondern dünne, gummiartige, dafür aber mehr Schichten. Als Unterwäsche das schweißsaugende Bengel-Leinwand, darüber Hemd oder Hemdbluse aus Feuringewebstoff, Flanell, Barbenstoff oder porphyrisches Tricot.

Was den Stoff, aus dem das Skigewand hergestellt sein soll, anlangt, zieht der Skifahrer leichte, glattehaarige allen anderen Stoffarten vor. Für das Skigewand im Normgewicht, also anliegende, hochschließende Bluse und lange Hose, wird der Teilschleifen am empfehlenswertesten sein, aber auch Coovercoat bewährt sich gut. Wer die Knickerbock-Hose vorzieht, wählt Coovercoat, Knicker oder farbige, enggewebte Schafwollstoffe. Großer Vorteil



Kuckuck
30 Groschen
30 Pfennig
30 Bogen
7-60 L. K.

Die größte illustrierte
Wochenschrift
Erscheint jeden Sonntag
Überall erhältlich

Vereinsnachrichten



Festlobende der D.D. 1-7.
am Samstag, den 17. d. M.,
im großen Saal des „Lido“,
Hybernka, unter Mitwirkung
des Klubs „Sogina“ um halb
acht Uhr abends. — Die mitwirkenden Mitglieder werden ersucht,
eben um sieben Uhr anwesend zu sein.

Literatur

„Gold?“ Roman von Toni Rothmund.
Verlag Philipp Reclam jun., Leipzig. Preis geb. Mk. 5.50. Der Gold des Romans war ein kurzes Stück Schöpfung — er existierte wirklich und ist nicht der Phantasie der Dichterin entsprungen. Sein Name war Johann Friedrich Vötiger, hatte den Ehrgeiz, Geld in der Retorte zu erzeugen und wurde bei seinen unheimlichen Experimenten der Erfinder des Porzellan. Es war das Zeitalter der Goldmacher und Alchimisten, ungefähr das Jahr 1700, da trat Vötiger als vierzehnjähriger Junge in die Apotheke des Bartholomäus Jörn in Berlin in die Lehre, da er, wie seine Mutter meinte, „eine besondere Affinität zum Ehemie“ hatte. Tatsächlich entwickelte er ein ungewöhnlich leidenschaftliches Interesse an chemischen Experimenten. Schon als er noch Knabe war, geschah es, daß er beinahe das Haus der Apotheke in Brand gesetzt und dabei selber verbrannt wäre. Er hatte laboriert und Gold machen wollen! Mißerfolg und Gehässigkeit hielten ihn nicht, er setzte seine Experimente fort. Seine maß- und grenzenlose Phantasie verführte ihn dazu,

Kaffee Hag völlig unschädlich für jung und alt

Der Feinrichtung verbunden und durch deren Vermittlung können sie wiederum untereinander ebenfalls mit den einzelnen Rohrpoststationen verbunden werden. Die Prager Rohrpostanlage verbindet heute von der Telegraphenzentrale aus und weiter gegenseitig untereinander.

14 Prager Postämter

und 14 private Teilnehmer. Die Prager Rohrpost kann natürlich nicht nur innerhalb Groß-Prags für die beschleunigte Postübergabe, sondern auch für einen solchen Verkehr aus Groß-Prag auf das Land und umgekehrt verwendet werden.

Zur Rohrpostbeförderung werden Briefe, Postkarten und Drucksachen (mit dies gewöhnlich Postsendungen) entgegengenommen.

Diese Sendungen sind als gewöhnliche Rohrpostsendungen bei einem Zuschlag von 10 Heller oder als Postsendung bei einem Zuschlag von K 1.10 aufzugeben.

Die Prager Rohrpostanlage dient nicht nur für die Beförderung von Postsendungen, sondern auch und dies in überaus bedeutendem Ausmaß, für die rasche und verlässliche Vermittlung von Telegrammen zwischen der Telegraphenzentrale und den einzelnen Prager Ämtern, eventuell Poststellen-Telegraphenämtern.

Anton Kuh geohrfeigt

Dr. Paul Kafka erhebt uns in Böhmisch des Anton Kuh im Sinne des § 19 des Pressegesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung unserer unter obigem Titel am 15. Dezember erschienenen Notiz.

„Es ist nicht wahr, daß im gleichen Augenblicke etwa 6 der jungen Leute die Halle betreten und einer von ihnen dem Kuh eine Ohrspeise verpackte, sondern es ist wahr, daß Anton Kuh einem von ihnen eine Ohrspeise verpackte. Es ist nicht wahr, daß die Polizei einen amüßlichen Eingriff ablehnte, sondern es ist wahr, daß Anton Kuh auf das polizeiliche Einschreiten gegen die Angelegenheit verzichtete.“

Das berühmte Pressegesetz — es ist wahr — verlangt zur Aufnahme dieser Berichtigung, dieses einseitige Pressegesetz, das es jedem erlaubt, die Wahrheit einfach auf den Kopf zu stellen. Wir haben nicht ein Wort von dem, was wir in unserer Notiz am 16. November geschrieben, zurückzunehmen, wir halten dieses Wort der Notiz „Anton Kuh geohrfeigt“ aufrecht und jede Behauptung darin kann von Zeugen bestätigt werden!

Sonderausflugzüge zu Weihnachten. Die Staatsbahndirektion Prag fertigt zu Weihnachten folgende Sonderausflugzüge mit ganzer Verpflegung und Führung ab: Nach Niederösterreich im Gesente in den Tagen vom 24. bis 27. De-

zember für 198 K, nach Trentschin-Depliz in den Tagen vom 23. bis 28. Dezember für 221 K, nach Rom, Venedig und Florenz in den Tagen vom 28. Dezember bis 2. Jänner zum Preise von 1068 K (unter der Beteiligung des Cecel), sowie (gleichfalls unter Beteiligung des Cecel) nach Budapest in den Tagen vom 30. Dezember bis 2. Jänner für 338 K pro Person. Anmeldungen zu allen diesen Reisen bei der Kasse 13 Masaryk-Platz, dort auch Prospekte. Zu den Ausländern, die nach Rom und Budapest gehen, sind alle Cecelstellen in Böhmen Anmeldungen entgegen. Teilnehmer, die außerhalb Prags wohnen, haben Anspruch auf eine 30prozentige Fahrpreismäßigung zur Fahrt in die Antriefsstation des Sonderzuges und nach Beendigung der Reise bei der Rückfahrt an ihren Wohnort.

Der Arbeiter-Turn- und Sportverein in Prag

„Atus“ hatte sich Wittwoch des vortrefflichen jungen Prager Pianisten H. W. Süßkind verschrieben, leider ließ der Besuch dieses Konzertes aber sehr viel zu wünschen übrig. Trotzdem der junge Süßkind wirklich Aufmerksamkeit verdient, schon seines januarischen Kunstlebens wegen, der ihn dazu gebrängt hat, am tschechischen Konservatorium Klavier-Weisheitslehrer, an der Deutschen Musikakademie Studierender der Komposition zu sein. Der Pianist Süßkind bewies am Mittwoch neuerdings, daß er alles besitzt, um einer der Auserwählten zu seinem Instrument zu werden: Technische Fähigkeit, Stilgefühl, Feingehörigkeit, Temperament und eine ganz außergewöhnliche Gedächtnisleistung. Nur diese letztgenannte geniale Tugend allein befähigte ihn, ein solches, fast durchwegs fortwährend modernisiertes Programm zu bestreiten, das die Klänge und technisch komplizierten und eigenwilligen Werke eines Strawinsky, Bartók, Prokofjew, Milhaud und Debussy enthält. Robert Schumanns „Fantasie“ in C-Dur wurde in diesem sochlich-modernen Programm in doppelter Hinsicht als romantisches Wunder, offenbare aber gerade am meisten die dem Pianisten Süßkind noch anhaftenden Mängel: Unausgeglichenheit der

Lebenszeit erweisen sich die Arbeiterbläser: sie geben dem Oberkörper größte Bewegungsfreiheit. Außerdem heißen sie angenehm warm. Die Bluse soll aber aus leichtem Stoff hergestellt sein (Coovercoat, Ballon- oder Cabardine), aber ungefüllt, aber nur auf den Schulterblättern mit Billrockstoff versehen. Unter der Bluse kann man den Pullover, Schiwoyer usw. tragen. Sehr empfehlenswert ist die Mitnahme einer Ueberzugshose aus wasserabweisendem Gezeleffest für größere Fahrten. Sie hält warm, und im Schiwoyer hat man die eigentliche Skihose trocken. Die in letzter Zeit vielfach in den Handel gekommenen Westformen als Hauptbekleidungsform des Oberkörpers sind abzulehnen. Sie schaden dem Körper nur unvorstellbar.

Als Kopfbedeckung kommt, wenn man die Norwegerkappe nicht liebt, die gute Sportkappe mit abknappbarem Ohrenschild in Betracht. Ledenhüte sehen sehr verwegene aus, sind aber bei Skifahrten nicht wert. Eine Sturmhaube, die auf die Schultern reicht, ist für alle größeren Fahrten wichtig.

Der Skistub als Spezialstube hat sich allgemein durchgesetzt, ebenso der Vergnügen mit Ausschritt für den Gebrauch als Skistub, also eigener, Lederstiel, geschwelter Kofas, Schiwoyer. Die Pflege des Schiwoyer ist Bedingung für keine Wasserkeule und Dauerhaftigkeit. Die Verwendung von Einlagen bewahrt sich vorzüglich, sie sind hygienisch und halten die Fußhöhlen warm. Zwei Paar Strümpfe sollen stets angezogen werden, wobei das innere Paar weich und dünn sein soll.

Für die Handbekleidung kommen nur Fäustling, in Betracht, und zwar braucht man mindestens zwei Paare. Die Sohlen, wo der Stiefel schwerer, verstärkte man mit aufgenähten, geteilen Lederflecken. Die Wahl des Knochens ist leicht, seitdem die Marke „Naturleder“ fast allen Wünschen entspricht. Die neuere Spezialausführung aus englischem Segele ist ebenfalls wert, im Preise aber unbedeutend. Auch die neue Knochenausgabe dazu, die übrigens auf jedem Knochengebräuder werden kann, wird viele Freunde finden. Sie gestattet die Führung des Knochens.

Zur Ausrüstung gehören noch Strepatorzug, Polster mit Aluminiumverbleibe, Skiwad, Skis, Skieresteie für die Bindung (Vangriemen, der auch zum Knochenschnallen verwendet werden kann), Verbandszeug, Schnoorriemen, und bei größeren Fahrten die Sonnenblende-Staffele, System Winterer. Auch soll man nicht auf einen leichten Planenkleidung vergessen, der einem in Schiwoyer und Unterhaltungsstätten gute Dienste leisten kann.

In das Heim des flauenbewußten Arbeiters gehört d. Zentralorgan.

der Deutschen Sozialdemokr. Arbeiterpartei
„Sozialdemokrat“

KINO-PROGRAMM

vom 16. Dezember bis 22. Dezember 1932.

Wran-Urania-Kino
Einziges deutsches Kino Prag.
RONNY
Das wunderhübsche, glänzende Lustspiel mit den beliebtesten Komikern Willi Frisch und Käthe von Nagy.

Wo verkehren wir?

Café „Continental“, Prag, Graben

Gastwirtschaft
LIDOVÝ DŮM
(Gen. Wilhelm Opatrný)
Täglich Koncert. PRAG II., Hybernka Nr. 7.

Druck- und Verlagsgesellschaft in Prag - Verleger: Dr. Carl Stapp, Prag - Druck: „Kunst“ in Prag - Eintrag: 12/300/17/1930
Anzeigen: Die Anzeigen werden in der 2. Telephonnummer mit Preis Nr. 12/300/17/1930 bewilligt - Reg. Nr. 12/300/17/1930
Anzeigen: Die Anzeigen werden in der 2. Telephonnummer mit Preis Nr. 12/300/17/1930 bewilligt - Reg. Nr. 12/300/17/1930
Anzeigen: Die Anzeigen werden in der 2. Telephonnummer mit Preis Nr. 12/300/17/1930 bewilligt - Reg. Nr. 12/300/17/1930